

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

ISSN 0479-611 X

B 23-24/84  
9. Juni 1984

Werner Weidenfeld  
Was ist die Idee Europas?  
Beate Kohler  
Ist die EG noch zeitgemäß?  
François Bondy  
Europa ohne Grenzen

Werner Weidenfeld, Dr. phil., geb. 1947; Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie an der Universität Bonn; 1971 Promotion und 1975 Habilitation im Fach Politikwissenschaft; seit 1975 Professor für Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

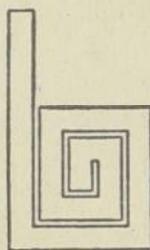
Veröffentlichungen u. a.: Konrad Adenauer und Europa, 1976; Europa 2000, 1980; Die Frage nach der Einheit der deutschen Nation, 1981; (Hrsg.) Die Identität der Deutschen, 1983; Die Bilanz der Europäischen Integration, 1984; Herausgeber (gemeinsam mit Wolfgang Wessels) des jährlich erscheinenden ‚Jahrbuch der Europäischen Integration‘; außerdem Herausgeber der Schriftenreihe ‚Mainzer Beiträge zur Europäischen Einigung‘.

Beate Kohler, Dr. rer. pol., geb. 1941; Studium der Wirtschaftswissenschaften und Politikwissenschaft an den Universitäten Köln und Kansas, USA; 1969 bis 1972 Leiterin des Instituts für Europäische Politik; seit 1972 Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Hochschule Darmstadt, 1977/78 Gastprofessor an der Johns Hopkins University, Centre for Advanced International Studies, Bologna.

Veröffentlichungen u. a.: Die europäische Gemeinschaft: Die EG vor der Süderweiterung, in: Die Internationale Politik, München 1982, S. 163—177; Decision-making in an enlarged Community, in: Southern Europe and the Enlargement of the EEC, Lissabon 1982; Political Forces in Spain, Greece and Portugal, London 1982; Handlungsspielräume der Europäischen Gemeinschaft im Lichte aktueller innergemeinschaftlicher und weltwirtschaftlicher Probleme, in: H. J. Petersen (Hrsg.), Die Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Lateinamerika, Baden-Baden 1983, S. 179—196.

Francois Bondy, Publizist, geb. 1915; Mitbegründer der europäischen föderalistischen Bewegung; Mitglied des deutschen PEN, der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung (korrespondierendes Mitglied); Kolumnist von Die Weltwoche, politischer Redakteur der Schweizer Monatshefte — Zürich.

Veröffentlichungen u. a.: Literarische Monographien und Essaybände. Mitautor zeitgeschichtlicher Werke, darunter (mit Manfred Abelein): Frankreich—Deutschland, Geschichte einer schwierigen Beziehung, Düsseldorf 1973.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Holger Ehmke, Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 0651/4604-0, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## Was ist die Idee Europas?

### I. Die Wiederentdeckung der Kultur

Europa zeigt heute greisenhafte Züge. Die Kräfte haben nachgelassen. Die geistige Ausstrahlung verkümmert. Die Vergangenheitschwärmerei tritt an die Stelle weit gesteckter Hoffnungshorizonte. Was kann Europa zusammenhalten angesichts der zentrifugalen Kräfte partikularer Wirtschaftsinteressen und nationaler Egoismen?

Damit ist die Frage nach der Kultur Europas aufgeworfen<sup>1)</sup>. Der geistige Raum gemeinsamer Lebens- und Werterfahrung könnte in der Tat die Klammer des Kontinents sein, wenn dieser Perspektive nicht eine andere Erkenntnis aus dem Europa unserer Tage entgegenstehen würde<sup>2)</sup>: Entsolidarisierung macht sich breit. Ein paradoxes Gefühl von Nähe und Ferne ist den Europäern bis heute geblieben. Und so gibt es nach wie vor schmerzliche Bestände von Voreingenommenheit der Europäer untereinander<sup>3)</sup>. Was wissen denn Franzosen und Engländer, Italiener und Deutsche wirklich von der Geschichte, von den wirtschaftlichen und sozialen Problemen, von der Kunst und dem Leben der europäischen Partner? Es existiert noch genügend Nährboden für überraschend aufkeimende Irritationen zwischen den Europäern. Das Abenteuer der Einigung Europas wird mit allen seinen Facetten erst offenbar, wenn man die Profile der politischen Kultur in Europa freilegt<sup>4)</sup>.

Nichts liegt näher, als nach den ideellen Fundamenten zu fragen<sup>5)</sup>. „Zurück zu den immateriellen Grundlagen“, „Ja zu einer Renaissance der europäischen Kultur“ — so scheint der neue europäische Konsens zu heißen. Die Krämer und Buchhalter haben nun, in der Ausweglosigkeit ihres Tuns, die Kultur entdeckt — so könnte man zahlreiche Bemerkungen mit einem Schuß Polemik persiflieren. In Zeiten rasanter Talfahrt der Wirtschaft und in Zeiten institutioneller Beschwerlichkeiten erscheint die Flucht in die Kultur als der einfachste Ausweg. Skepsis ist also angebracht; Skepsis auch, weil Europa ja viele weihvolle Formeln kennt. Es gibt geradezu eine Tradition des Ausweichens in wirklichkeitsfernes Pathos und in sentimentale Vergangenheitschwärmerei. In dieser Tradition wird die geistige Verheißung zur Kompensation des politischen Scheiterns<sup>6)</sup>. Moralische Vorbehalte gegenüber den konkreten Erscheinungsformen der Politik — dies alles kennen die Europäer quer durch Epochen und Nationen.

#### Was ist die Idee Europas?

In der Geschichte der Europäischen Integration<sup>7)</sup> taucht diese Frage nach der Idee Europas gewissermaßen in Wellenbewegungen immer wieder auf, und zwar dann, wenn der Integrationsprozeß in eine Phase tastender Neuorientierung tritt:

<sup>1)</sup> Grundlegende Reflexion dazu in: F. König/K. Rahner (Hrsg.), Europa, Horizonte der Hoffnung, Graz 1983; H. Gollwitzer, Europabild und Europagedanke, München 1964<sup>2)</sup>; J. Ritter (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 2, Darmstadt 1972, S. 824ff.

<sup>2)</sup> Zum Problemkreis von Nationalbewußtsein und Nationalismus siehe insbesondere Karl W. Deutsch, Nationenbildung — Nationalstaat — Integration, Düsseldorf 1972; H. A. Winkler (Hrsg.), Nationalismus in der Welt von heute, Göttingen 1982; W. Weidenfeld (Hrsg.), Die Identität der Deutschen, München 1983<sup>2)</sup>.

<sup>3)</sup> Siehe als aktuellen Problemausschnitt: Keil oder Klammer? Politische Kultur in Westeuropa, EG-Magazin, (1983) 8, Sonderteil.

<sup>4)</sup> Weiterführende Problematisierung bei H. Lübke, Europäische Kultur — Hoffnung oder nur Erinnerung?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. 2. 1978, S. 9f.

<sup>5)</sup> Neuere Versuche dazu bei E. Simons, Fragen an Europa, Integrations-Idee und Kategorien der Freiheitsgeschichte, in: Merkur, 36 (1982), S. 471—479; D. Sternberger, Komponenten der geistigen Gestalt Europas, in: Merkur, 34 (1980), S. 228—238; Th. Schieder, Einheit in der Vielheit, in: F. König/K. Rahner (Hrsg.), (Anm. 1), S. 87—108; F. Bondy, Gemeinschaftshemmende Gemeinsamkeiten, in: Schweizer Monatshefte, 59 (1979), S. 893—899.

<sup>6)</sup> Vgl. R. Löwenthal, Romantischer Rückfall, Stuttgart 1970; Chr. Graf v. Krockow, Gewalt für den Frieden?, Die politische Kultur des Konflikts, München 1983.

<sup>7)</sup> Knapper Überblick bei W. Weidenfeld, Die Bilanz der Europäischen Integration, Bonn 1984; die konzeptionellen Entwicklungslinien sind dokumentiert in J. Schwarz (Hrsg.), Der Aufbau Europas, Bonn 1980.

— So 1952/1953, als man nach der erfolgreichen Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl über den weiteren Ausbau nachdachte und zusätzlich zu einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft als gemeinsames Dach eine Politische Union entwarf.

— So auch wieder Anfang der siebziger Jahre, als das Kernprogramm der Römischen Verträge praktisch realisiert war, aber die Umriss der neuen Epoche unklar blieben. Sicherlich waren damals mit dem Projekt einer Wirtschafts- und Währungsunion, der Erschließung neuer Politikfelder wie Regional-, Sozial- und Entwicklungspolitik, der Umstellung der EG-Finanzierung auf Eigenmittel die wichtigsten Stichworte eines ambitionierten Reformprogramms genannt: aber — so fragte man sich — zu welchem Ziel und Zweck?

— Die Europäische Gemeinschaft verabschiedete daraufhin im Dezember 1973 ein umfangreiches „Dokument über die europäische Identität“<sup>8)</sup>. Ein Jahr später wurde dann der belgische Premierminister Leo Tindemans beauftragt, einen Bericht über die inhaltliche Ausgestaltung des Zielbegriffs „Europäische Union“ vorzulegen. Dieser Bericht beschrieb einen pragmatischen Minimalkonsens<sup>9)</sup>, aber er verschwand dennoch relativ rasch in den Schubladen der Europapolitik. Die grundsätzlichen Anfragen nach der Perspektive, nach der Idee Europas blieben unbeantwortet. Die konzeptionelle Ratlosigkeit wucherte weiter.

Was ist also die Idee Europas?

Gilt der Hinweis eines Heinrich Mann: „Das übernationale Gemeinschaftsgefühl der Europäer ist reine Erfindung der Dichter.“<sup>10)</sup>

Gilt der Ausruf Dolf Sternbergers: „Nein, eine Idee, die Europa hieße, die gibt es nicht.“<sup>11)</sup>

Oder gilt die denkwürdig knappe Antwort eines Karl Jaspers: „Europa, das ist die Bibel und die Antike.“<sup>12)</sup>

<sup>8)</sup> Abgedruckt in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 165 vom 18. 2. 1973.

<sup>9)</sup> Die Europäische Union, Bericht von Leo Tindemans an den Europäischen Rat, Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Beilage 1/76; zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Dokument siehe H. Schneider/W. Wessels (Hrsg.), Auf dem Weg zur Europäischen Union?, Diskussionsbeiträge zum Tindemans-Bericht, Bonn 1977.

<sup>10)</sup> Aus EG-Magazin, (1983) 8.

<sup>11)</sup> D. Sternberger, (Anm. 5), S. 237

<sup>12)</sup> K. Jaspers, Vom europäischen Geist, München 1947, S. 9.

Wobei Jaspers zugleich ergänzt: Mit dem Entstehen einer Weltzivilisation bleibe für Europa nur noch die Pflege der „Heiligen Stätten“ der von Europa geschaffenen Weltzivilisation<sup>13)</sup>. Europa also nur noch in musealer Funktion?

Versucht man, die geistigen Wurzeln solcher Gedanken einmal aufzuspüren, dann treten zwei grundlegende geistesgeschichtliche Probleme zutage, die Europa von der Stunde seiner ersten Erwähnung im 6. Jahrhundert v. Chr. an bis zum heutigen Tage begleiten und sein kulturelles Unterfutter prägen<sup>14)</sup>. Das ist — zum einen — die Unsicherheit des Raumbildes von Europa. Was meinen wir eigentlich, wenn wir Europa einigen wollen? Das ist — zum anderen — die normative Begründung Europas; Europa zeigt Risse, wenn sich die normativen Grundlagen verändern — damals wie heute.

Europa wird von den Griechen zunächst als ihr Festland geographisch und normativ zugleich vom Land der Barbaren draußen abgegrenzt. Dann werden die Grenzen weiter gezogen: Nach Norden verschiebt man sie mit Erkundungsfahrten und Eroberungen, nach Westen sind es die Säulen des Herkules, nach Osten bleibt man unsicher. Die Landstriche zwischen Schwarzem Meer und Kaspischem Meer werden als Grenzraum angegeben. Europa bleibt eingespannt in drei Vorfelder, ein eurasisches, ein atlantisches und ein mittelmeerisch-afrikanisches. Es bleibt durch die Epochen ein Problem, in welcher Weise diese Vorfelder an der europäischen Geschichte teilhaben.

Diese Unsicherheiten in der Grenzziehung Europas nach außen werden ergänzt durch die Bewegungen im Innern. Die geistigen Abgrenzungen wandern, wenn auch die Eigentümlichkeit Europas bewahrt bleibt: die Befreiung aus der Befangenheit im magischen Denken und der Zug rationaler Lebensbewältigung.

Prägende Kraft entfaltet zunächst die Römische Kirche. Das Lateinische wird im 4. Jahrhundert zur Liturgiesprache erhoben, und Europa konstituiert sich als lateinische Chri-

<sup>13)</sup> Ebd., S. 27.

<sup>14)</sup> Zu den Grundzügen der Geschichte Europas vgl. Th. Schieder, Probleme einer europäischen Geschichte, in: O. Franz (Hrsg.), Am Wendepunkt der europäischen Geschichte, Göttingen 1981, S. 10—27; ders., Einheit in der Vielheit, (Anm. 5); R. Foerster, Europa, Geschichte einer politischen Idee, München 1967; J. Bowle, Geschichte Europas, München 1983; H. Gollwitzer, (Anm. 1).

stenheit. Die theologische Integration wird zur Grundlage Europas<sup>15</sup>). Zwangsläufig aber wird damit Europa auch in die großen geistigen Auseinandersetzungen der verschiedenen Epochen einbezogen: seit der Rezeption des Aristoteles in die Spannung zwischen griechischer und römischer Klassik, dann in die Spannung zwischen Kirche und Staat. Herausforderungen von außen werden für die Abgrenzung und das Selbstbewußtsein Europas bedeutsam: die Distanz zwischen Rom und Byzanz, die Türkengefahr, der Einbruch des Islam. Folgerichtig wird Europa elementar betroffen von der Spaltung der Christenheit in einen römisch-katholischen und

einen protestantischen Teil, vom Prozeß der Säkularisierung. Kriege und Allianzen, Erwerb und Verlust von Territorien treten in den Vordergrund. Dynastien streben nach Hegemonie. Wer solche hegemonialen Pläne zu Fall brachte, galt als der große, der beste Europäer. In der Aufklärung gerät dann das Europabewußtsein in die unentschiedene Mittelposition zwischen national begrenztem Interesse und universalistisch orientierter Haltung. Diese Spannung zwischen nationaler Besonderheit, europäischer Gemeinsamkeit und weltweiter Orientierung bleibt dann bis zur Gegenwart.

## II. Licht und Schatten in der Geschichte Europas

Unser Gedächtnis speichert zu alledem höchst unterschiedliche Sachverhalte. Europa kennt den Geist der Bergpredigt ebenso wie die Herrschaft des Tyrannen. Nur wenige Kilometer entfernt von Goethes Haus in Weimar lag das KZ Buchenwald, wo tausende Menschen nach Plan ermordet wurden. Hier liegt geradezu ein Symbol dafür, wie dicht Licht und Schatten in der europäischen Geschichte nebeneinanderliegen. Die Geschichte Europas ist nicht einfach unter das Prinzip der Einheit zu subsumieren, sondern sie stellt sich letztlich dar als ein tiefgreifender, dialektischer Konflikt zwischen zwei Grundtendenzen<sup>16</sup>): zwischen dem Gegeneinander der Nationen, Interessen und Weltanschauungen und ihrem Zusammenhang, zwischen der Differenzierung und der Vereinheitlichung.

Unsere Epoche hat allerdings ein neues Element in die Geschichte Europas eingeführt: den Dualismus zweier Weltsysteme, der Europa in zwei Teile zerreißt. Dieser Dualismus trennt Europa in bezug auf Machtstruktur, Wertordnung, Sozialstruktur in zwei getrennte Bereiche. Hinter diesem Dualismus schwelen dann die traditionellen Unsicherheiten zum Europa-Bild weiter und finden ihren Ausdruck in aktuellen Anfragen<sup>17</sup>):

Ist es zulässig, die gesamteuropäische Kooperation zugunsten einer westeuropäischen Integration zurückzustellen? Gebührt der Offenhaltung gesamteuropäischer Lösungen nicht die absolute Priorität gegenüber jeder kleineuropäischen Lösung?

Die Gründungsväter der Europäischen Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg haben für sich die Konkurrenz der Raumbilder eindeutig entschieden<sup>18</sup>). Sie haben ihre Europa-Perspektive normativ gebunden. Das Ja zu Europa sollte ein Ja zur politischen Organisation der Freiheit sein. Dieser normativ fixierte Europa-Begriff hebt nicht in erster Linie auf geographische Gegebenheiten ab, sondern auf Europa als einen Kristallisationspunkt der politischen Kultur. Nicht die erneute nationalistische Verengung konnte die Antwort auf die Kriegserfahrung sein, sondern eine supranationale Organisation zur institutionellen Absicherung des gemeinsamen Freiheits- und Friedenswillens.

Europa als Absage an den Nationalismus, als Absage an verirrte Sonderwege<sup>19</sup>), als Bereitschaft, Konflikte untereinander nach festgelegten Verfahren friedlich zu regeln, als Erwartung neuer gemeinsamer Macht und

<sup>15</sup>) Siehe weiterführend J. Ratzinger, Europa — verpflichtendes Erbe für die Christen, in: F. König/K. Rahner, (Anm. 1), S. 61—74.

<sup>16</sup>) Vgl. K. D. Bracher, Die Krise Europas, 1917—1975, Frankfurt 1976, insbes. S. 392ff.

<sup>17</sup>) Vgl. beispielhaft P. Bender, Das Ende des ideologischen Zeitalters, Die Europäisierung Europas, Berlin 1981; ergänzend H.-P. Schwarz, „Europäische

Interessen“ im Ost-West-Verhältnis, Ein Scheinproblem, in: Beiträge zur Konfliktforschung, 12 (1982) 1, S. 5—26.

<sup>18</sup>) Vgl. H. Schneider, Leitbilder der Europapolitik, Bd. 1: Der Weg zur Integration, Bonn 1977; W. Weidenfeld, Konrad Adenauer und Europa, Bonn 1976.

<sup>19</sup>) Zur neu entflammten Diskussion über den „Sonderweg“ vgl. B. Faulenbach, Deutscher Sonderweg, Zur Geschichte und Problematik einer zentralen Kategorie des deutschen Weges, München 1980.

neuen wirtschaftlichen Wohlstandes — dies war die Antwort, die die Gründer der Einigung Europas auf die Herausforderung ihrer Zeit formulierten.

Hinter alledem steht eine wichtige Erfahrung: Die politischen Probleme sind über die nationalen Grenzen ausgewandert<sup>20)</sup>. Es hat eine Internationalisierung — aber auch eine Regionalisierung — unserer Lebenssachverhalte stattgefunden. Die Staaten haben Schritt für Schritt ihre Handlungsfähigkeit eingebüßt. Einer internationalisierten Problemstruktur steht keine adäquate politische Entscheidungsstruktur gegenüber. Europäische Einigung wird so zum Versuch, Problemstruktur und Entscheidungsstruktur in Übereinstimmung zu bringen — zwar ein begrenzter, unzulänglicher Versuch, aber ein unverzichtbarer Versuch, weil nur so Volkssouveränität auf einer neuen Ebene herzustellen ist.

Konstituierendes Element der politischen Kultur Europas ist das neuzeitliche Konzept des autonomen Subjekts: Der einzelne wird zum bestimmenden Subjekt von Politik und Geschichte<sup>21)</sup>. Norm und Geltung sind dem Menschen nicht mehr vorgegeben, er muß sie selbst setzen und bestimmen<sup>22)</sup>. Traditionelle und charismatische Legitimationsideen werden von der Volkssouveränität abgelöst. Da die Freiheit des einzelnen die Freiheit aller bedingt, bedarf es des demokratischen Verfassungsstaates, der die Freiheit absichert<sup>23)</sup>. Im Zuge der Internationalisierung der Lebenssachverhalte wird es unmöglich, die Idee der Volkssouveränität und des demokratischen Verfassungsstaates in nationaler Begrenzung zu belassen. Die Institutionen Europas sind insofern Ausdruck europäischer Volkssouve-

ränität. In diesem Rahmen wird ein Teil des Herkunftsbewußtseins der Europäer geprägt, werden gemeinsame Erfahrungen gesammelt, werden Konflikte nach vorher festgelegten Regeln ausgetragen, erfährt der Europäer sich als Teil einer europäischen Handlungsgemeinschaft. — Alles das sind Varianten der Idee Europas.

Dies ist eine Idee, die allerdings nur eine Teil-Identität der Europäer vermittelt<sup>24)</sup>. Neben dem gemeinsamen Erfahrungshorizont Europa gibt es die anderen Schichten der Identität: die nationalen Dispositionen, die sozialen Organisationserfahrungen, das regionale, städtische und dörfliche Bewußtsein<sup>25)</sup>. Dieses Bewußtsein der Vielfalt geschichtlicher Teilidentitäten konstituiert die politische Kultur Europas. Exakt dort, wo man diese Erfahrung negiert, tun sich die Abgründe Europas auf, denn die vielfältigen Gemeinschaftsbezüge, in denen die Europäer leben, verhindern eine Verabsolutierung einzelner Ansprüche. Sie verhindern ein Abrutschen in die Perversitäten des Nationalismus. Aus diesen Schichtungen ergeben sich natürlich Spannungen; diese Spannungen auszuhalten, ja sie schöpferisch werden zu lassen, ist für das Werden einer europäischen Identität wichtiger als die Jagd auf vermeintlich vorhandene Ganzheitsideale. Aber die Versuchung zum Absoluten ist in der Politik eigentlich nie endgültig gebannt<sup>26)</sup>. Hier greift das Wort des Engländers Bernard Crick von den zwei Feinden der Politik: „Vielleicht läuft alles darauf hinaus, daß die Politik zwei große Feinde hat: Gleichgültigkeit gegenüber menschlichem Leid und Leidenschaft für Gewißheit in Dingen, die wesentlich politisch sind.“<sup>27)</sup> Die Strukturen Europas sind nicht gefeit vor romantischen Aufständen gegen die Kompliziertheit von Politik und Gesellschaft. Die Suche nach der ideellen Gewißheit kann zur Flucht vor den konkreten Schwierigkeiten des politischen Lebens werden. Zeichen des

<sup>20)</sup> Diesen Sachverhalt veranschaulichen H. Haf-tendorn u. a. (Hrsg.), *Verwaltete Außenpolitik*, Köln 1978; dies. *Regionale Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland*, München-Wien 1973; H. v. d. Groeben/H. Möller (Hrsg.), *Die Europäische Union als Prozeß*, Baden-Baden 1980; H.-H. Nolte, *Die eine Welt, Abriß der Geschichte des internationalen Systems*, Hannover 1982.

<sup>21)</sup> Vgl. W. Becker, *Die Freiheit, die wir meinen, Entscheidung für die liberale Demokratie*, München 1982.

<sup>22)</sup> Zu den Konsequenzen siehe weiterführend J. Habermas, *Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden?*, in: *Zwei Reden aus Anlaß der Verleihung des Hegel-Preises 1973 der Stadt Stuttgart*, Frankfurt/Main 1974, S. 23—84; H. Lübke u. a., *Der Mensch als Orientierungsweise?* München 1982; P. Berger u. a., *Das Unbehagen in der Modernität*, Frankfurt/Main 1975.

<sup>23)</sup> Einen systematischen Anriß dazu bietet M. Hä-ttich, *Demokratie als Herrschaftsordnung*, Opladen 1967.

<sup>24)</sup> Zum Identitätsproblem vgl. u. a. O. Marquard/K. Stierle (Hrsg.), *Identität*, München 1979.

<sup>25)</sup> Beispielhaft H. Lübke, *Politischer Historismus, Zur Philosophie des Regionalismus*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 20 (1979), S. 7—15; A. Boguslawski, *Regionalismus und politische Kultur in Europa*, in: *Zeitschrift für Politik*, 30 (1983), 2, S. 131—141.

<sup>26)</sup> Vgl. H. Schulze, *Die Versuchung des Absoluten, Zur deutschen politischen Kultur im 19. und 20. Jahrhundert*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 7/84, S. 3—10; J. L. Talmon, *Politischer Messianismus*, Köln-Opladen 1963.

<sup>27)</sup> B. Crick, *Eine Lanze für die Politik*, München 1966, S. 198.

Unbehagens an der Moderne sind in Europa unübersehbar. Gegen die Rationalität einer arbeitsteiligen, komplizierten und pluralen Organisation unseres Lebens steht die Sehnsucht nach Gefühl und Spontaneität<sup>28)</sup>. Bricht sich diese Versuchung des Absoluten ihre Bahn — vielleicht weil es so leicht ist, das Unmögliche zu fordern, und so schwer, das Mögliche zu erreichen, dann bleiben Freiheit und Frieden auf der Strecke.

Zu den Versuchungen des Absoluten in der Politik gehört zweifellos der Nationalismus. Der Nationalismus bleibt als Gefahr in der modernen Industriegesellschaft bestehen, ei-

ner Gesellschaft, in der eine zweckrationale Funktionenspezialisierung vollzogen wird, in der eine institutionelle Differenzierung vorgenommen wird und in der es ungeheuer schwierig ist, die arbeitsteilig erworbenen Erfahrungen in ein symbolisches Universum, in einen Sinnzusammenhang einzuordnen. Hinter dem intensiven Ausschnittswissen, über das ein jeder von uns verfügt, versinkt unsere Fähigkeit zur Konstruktion der gesellschaftlichen Ordnung. Die Natur erscheint beherrschbar, die Gesellschaftsstruktur entgleitet der Verfügung. In solchen Bedrängnissen bietet der Rückfall in den Nationalismus eine gefährliche Ausflucht.

### III. Die Absage an den Nationalismus

Es erscheint wichtig, sich die Leistung der Idee Europa in den letzten Jahrzehnten bewußt zu machen, nämlich ein Abrutschen in den Nationalismus mitverhindert zu haben.

Und diese Idee Europa ist nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem Sammelbecken vielfältiger politischer Programme und Motive geworden. Durchaus folgerichtig hat sich der Prozeß der Integration nie an ein einziges Modell oder an ein einziges Konzept gebunden. Dies hätte ja die Gefahr provoziert, daß mit dem Scheitern eines einzelnen Ansatzes die gesamte Idee verbraucht gewesen wäre. Die Europapolitik der Nachkriegszeit trägt vielmehr einen pragmatisch-experimentierenden Grundzug<sup>29)</sup>. Sie bemächtigt sich höchst unterschiedlicher Themen und Sektoren. Sie verwendet unterschiedliche Organisationsformen. Sie diskutiert unterschiedliche Methoden, Modelle und Theorien: Europa als Forum kultureller Vielfalt, Europa als Bundesstaat, Europa als funktionalistische Agentur, Europa als locker verbundenes Staatenkonzept, Europa als Freihandelszone.

Intellektuell reizvoll und spannend war dieses Unternehmen allerdings nur, solange man der bloßen Idee huldigen konnte und solange

den Menschen die Leistungen der Integration verwehrt blieben, oder nach wie vor verwehrt bleiben und man weiterhin darunter leidet. Die Faszination der Idee Europa bei den Menschen in Warschau, Prag, Budapest mag hier ihre eigentliche Begründung haben. In den Ländern der Europäischen Gemeinschaft hat sich dagegen das atmosphärische Unterfutter des Europa-Gedankens wesentlich gewandelt.

Bei näherem Hinsehen liegt das sozialpsychologische Mißgeschick darin, daß die europäische Integration mit ihrem mehr oder minder erfolgreichen Funktionieren die Grundlage für eine bewegende Begeisterung der Bürger selbst unterlaufen hat. Aus der großen Idee ist die selbstverständliche Erfahrung des politischen Alltags geworden, mit allen ganz normalen Konflikten, Reibungsverlusten und Schwerfälligkeiten. Der Erwartungshorizont der Bürger hat diesen Wandel nicht mitvollzogen. Viele Schwierigkeiten beruhen auch auf einer Überforderung der Europäischen Integration, so als sei die europäische Identität allein der Schlüssel zu den Problemen unserer Zeit. Daher wird die Diskrepanz zwischen Ansprüchen und Hoffnungen einerseits und dem Leistungsvermögen der Europäischen Gemeinschaft andererseits zu einem Zentralproblem. Um diese Schwierigkeiten zu reduzieren, fehlt es der Europäischen Gemeinschaft bisher an Transparenz, an Effizienz und an einer angemessenen Infrastruktur.

Die frühere Selbstsicherheit großer Zukunftsentwürfe für Europa ist zudem inzwischen eher konzeptioneller Unsicherheit gewichen.

<sup>28)</sup> Siehe P. Berger/Th. Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Frankfurt 1970<sup>5</sup>.

<sup>29)</sup> Ausführlich bei W. Weidenfeld, Europa 2000, Zukunftsfragen der europäischen Einigung, München-Wien 1980.

<sup>30)</sup> Ausführlich bei W. Weidenfeld, Europa 2000, Zukunftsfragen der europäischen Einigung, München/Wien 1980.

Man erinnere sich an die Klarheit der Zielperspektive, mit der ein Carlo Schmid sein Europa-Bekenntnis nach dem Zweiten Weltkrieg formulieren konnte: „Wir werden uns klar werden müssen, daß ein hegemoniales Europa so gut eine Unmöglichkeit ist, wie ein Europa, das lediglich eine Konföderation souverän bleibender Staaten ist. Wir dürfen also keinen Staatenbund anstreben. Europa muß man schon als Bundesstaat wollen, wenn man ein wirksames Europa will!“<sup>30)</sup> Wer könnte heute noch mit der gelassenen Selbstverständlichkeit eines Arnold Bergstraesser die Frage nach Europa als die Frage nach der europäischen Kultur indentifizieren? Arnold Bergstraesser beschrieb Mitte der fünfziger Jahre Europa als geistige und politische Wirklichkeit: „Fragen wir also nach der Wirklichkeit Europas, so handelt es sich zunächst um die Wirkungsfähigkeit der für Europa gemeinsam geltenden Normen, um die Normen der Europäischen Kultur.“<sup>31)</sup> Von dieser Überlegung ist es dann für die Europäer offenbar nur ein kurzer Weg zur Konzentration auf Wirtschaftsstatistiken und Konjunkturzyklen. Europa wird zum Bezugspunkt für Ansprüche und Begehrlichkeiten aller Art. Walter Hallstein konnte allerdings noch wie selbstverständlich schreiben, das Prinzipielle des Integrationsprozesses bestehe in der Forderung, „daß die Richtung auf immer mehr Einheit eingehalten werden muß“<sup>32)</sup>. Diese Übereinstimmung der Europäer von damals — von Spaak bis de Gasperi — ist inzwischen dahin. Es wird nicht nur über einzelne Inhalte der europapolitischen Perspektiven gestritten, sondern auch um die Aufrechterhaltung der Grundforderung fortschreitender Vergemeinschaftung selbst.

Dabei muß man sehen, daß in jeder politischen Organisation die Konflikte begrenzt und relativiert werden durch den vorhandenen normativen Konsens, einer Übereinstimmung in den Zielen, Werten und Perspektiven<sup>33)</sup>. Die Schwierigkeiten nehmen zu, die

<sup>30)</sup> Rede Carlo Schmid's anlässlich der konstituierenden Sitzung des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung am 13. 6. 1949 in Wiesbaden, abgedruckt in: Deutschland und der europäische Rat, Schriftenreihe des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, Nr. 1, Köln 1949, S. 2—19, hier S. 14.

<sup>31)</sup> Europa als Idee und Wirklichkeit, Freiburger Dies Universitatis, Bd. 3, Freiburg 1955, S. 69.

<sup>32)</sup> Abgedruckt in: Th. Jansen/W. Weidenfeld (Hrsg.), Europa, Bilanz und Perspektive, Mainz 1973, S. XVIII.

<sup>33)</sup> Vgl. u. a. M. Deutsch, Konfliktregelung, München 1976; L. Coser, Theorie sozialer Konflikte,

Konflikte werden intensiver, wenn der Bezirk der Übereinstimmung schrumpft. Die Entwicklung der Einigung Europas kann geradezu als ein klassisches Belegstück dieser allgemeinen Beobachtung gelten.

Der Konsens der Europäischen Gemeinschaft, ursprünglich gegeben in einem allgemeinen Elan zur Einigung über die Trümmerfelder des Krieges hinweg, in einem europäischen Anti-Nationalismus wie Anti-Kommunismus, später auch im Willen zum Vollzug des Programms der Römischen Verträge — dieser Konsens hat sich angesichts neuer Probleme spürbar reduziert: Europa trägt für viele seinen Wert nicht mehr fraglos in sich selbst. Die Bedrohungsvorstellungen haben an Brisanz verloren. Zunehmend äußern sich erneut nationale Egoismen. Die Mitgliedstaaten spüren, daß keiner von ihnen stark genug ist, um das Geschehen allein zu bestimmen, aber daß jeder ein erhebliches Verhinderungspotential besitzt. Europa wird störanfälliger. Es droht zum Spielball integrationspolitischer Negativ-Kompetenz zu werden. Als Konsequenz ergibt sich in vielen Bereichen ein anspruchloser Pragmatismus des kleinsten gemeinsamen Nenners.

Der strukturelle Hintergrund für diesen Prozeß der Entsolidarisierung ist leicht auszu-leuchten: Die inzwischen differenzierteren und labileren Beziehungsmuster der internationalen Umwelt und die härteren internen Verteilungskämpfe haben die Verlockungen zu nationalen Alleingängen einzelner EG-Mitglieder wachsen lassen. Dies ist solange nicht gefährlich, als sich die nationalen Interessen im politischen System der Europäischen Gemeinschaft in die Gemeinschaftsdisziplin nehmen lassen. Inzwischen mag der Zweifel wachsen, in welchem Ausmaß und wie lange dies noch gelingen kann. Die integrationspolitisch entscheidende Entwicklungslinie liegt allerdings in dem Versuch, Gemeinschaftsprobleme mehr und mehr in nationale Sonderfragen umzuinterpretieren. Die Transformation von Gemeinschaftsproblemen in nationale Sonderfragen und die Focussierung der europapolitischen Debatte auf die Ebene des finanziellen Transfers: Dies sind die existentiellen Veränderungen, in denen sich der Prozeß der Entsolidarisierung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft manifestiert.

Neuwied-Berlin 1972; W. Bühl, Theorien sozialer Konflikte, Darmstadt 1976.

## IV. Fiktive Europa-Bilder

Die Praxis der Integrationspolitik artikuliert die potentielle Sprengwirkung dieser Tendenz kaum. Die europäische Rhetorik nimmt damit teilweise fiktive Züge an; sie formuliert in Ausschnitten ein Europa des ‚als ob‘: ‚Als ob‘ es noch den stillschweigenden Konsens in den Zielen und Motiven der Römischen Verträge gäbe; ‚als ob‘ noch das Gründungskonzept der fünfziger Jahre Gültigkeit hätte; ‚als ob‘ das institutionelle Gefüge noch im ursprünglich entworfenen Sinne funktionierte.

Gegenwärtig und auf mittlere Sicht wird man ein Mißverhältnis zwischen dem Politikbedarf der Gemeinschaft und ihren unzureichenden Machtressourcen konstatieren müssen. Es ist längst deutlich geworden, daß die Schaffung einer gemeinsamen wirtschaftlichen und politischen Systemeinheit nach einer ordnungspolitischen Ergänzung verlangt. Beispielsweise setzt das Funktionieren eines Gemeinsamen Marktes den politischen Ordnungsrahmen voraus, der immer wieder neu die Machtbedingungen sichern muß. Der Abbau innergemeinschaftlicher Handelsschranken führt zu einer Intensivierung des Wettbewerbs; dieser wiederum löst nationale wie internationale Konzentrationsprozesse aus, die gesamtwirtschaftliche, regionale und sektorale Ungleichgewichte verstärken. Diese Ungleichgewichte lassen zwangsläufig nach größeren politischen Steuerkapazitäten auf EG-Ebene verlangen. Dies alles läßt die Forderung nach einer präziseren Formulierung für die inhaltliche Bestimmung gemeinsamer Politik nachdrücklicher erleben. Vor diesem Hintergrund bestimmen dann die innenpolitischen Erfolgswänge zunehmend die europäische Szenerie. Innenpolitisches Kalkül und innenpolitische Schwierigkeiten belasten auf direktem Wege die Handlungsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft. Wenn aber die Souveränität der einzelnen Mitgliedstaaten nur noch im Zusammenwirken mit den anderen europäischen Staaten realisierbar wird, dann verliert auch die beliebte Taktik der nationalen Regierungen, ihre eigenen Versäumnisse der jeweiligen internationalen Umwelt schuldhaft anzurechnen, ihr Fundament; denn in Europa verweist dies dann bestenfalls auf ein europapolitisches Versagen einer Regierung, die europäische Mitverantwortung trägt.

Über alledem ist die konzeptionelle Dynamik der Europäischen Einigung inzwischen ver-

sandet. Nach dem Verfall der großen Visionen gleicht das geistige Profil der Europäischen Gemeinschaft einem ausgebrannten Vulkan. Vor diesem Hintergrund lösen die europapolitischen Grundfragen fast zwangsläufig Ratlosigkeit aus: Wie kann die Europäische Gemeinschaft politisch handlungsfähiger werden? Wie sollen die Gewichte im institutionellen Gefüge der Europäischen Gemeinschaft neu geordnet werden? Wie können die Entwicklungsunterschiede innerhalb der Europäischen Gemeinschaft durch einen wirksameren Ressourcentransfer überwunden werden? Wie kann es zu einer effizienteren Aufteilung politischer Kompetenzen zwischen der europäischen und der staatlichen Ebene kommen? Letzlich läuft alles auf die elementare Existenzfrage hinaus, die das Europäische Einigungswerk seit seinen Anfängen begleitet: ‚Wie kann aus einer Vielzahl von Nationalstaaten mit längst ausgehöhlter Souveränität und einer unendlichen Fülle von internen Einzelproblemen — wie kann aus einer solchen Vielzahl von Nationalstaaten eine politisch handlungsfähige Einheit geschaffen werden?‘

Da es an einer dichten intellektuellen Diskussion über die Zukunft Europas fehlt, sind auch die Beurteilungsrahmen zur Beantwortung dieser Frage nicht recht auszumachen. Europa leidet in der intellektuellen Debatte weniger an der Divergenz der Ideen, sondern eher an mangelnder konzeptioneller Bindewirkung und an geistig-politischer Langeweile. Die nachlassende geistige Sogwirkung der europäischen Ideen hat ganz handfeste Konsequenzen. Ohne die konzeptionellen Bezugssysteme werden die einzelnen europapolitischen Pflöcke aus ihrer Verankerung gerissen und treiben gewissermaßen ziellos an der Oberfläche der Ereignisse.

Die Zukunft des europäischen Einigungsziels wird insofern stark davon abhängen, inwieweit es gelingen kann, den Bezirk an europäischer Gemeinsamkeit in den Zielen und Wegen wieder zu präzisieren und auszubauen. Nur auf der Grundlage eines Ziel- und Strategie-Konsenses werden die anstehenden Konflikte konstruktiv zu regeln sein.

Im Blick auf die Zielbeschreibung Europas ist gefragt, welche Verfassung die Grundlage des Zusammenlebens bilden soll. Es kann heute kein Zweifel darüber bestehen, daß Europa eine Verfassung braucht: Die Rechtsgrundla-

gen sind unüberschaubar geworden; die Reform Europas ist überfällig; die elementare Übereinstimmung der Europäer muß fixiert werden. Eine Europäische Verfassung könnte so zu einem wichtigen Orientierungselement werden<sup>34</sup>).

Die Frage nach dem Ziel wird zwangsläufig begleitet von der Frage nach der Strategie. In einer Zeit, in der der Konsens brüchig geworden ist, wollen die beteiligten Akteure genauer wissen, auf welche Schritte sie sich mit welchen Konsequenzen einlassen sollen. Sie wollen genauer kalkulieren können, welche Reaktionen sie auf welche Folgemaßnahmen einplanen müssen. Die dazu notwendigen Zweck-Mittel-Analysen haben anzugeben, welches Verhältnis zwischen dem Ziel, der mittelfristigen Aktionsabfolge und den einzusetzenden Instrumenten besteht.

Was liegt vor diesem Hintergrund näher als eine neue Strategiedebatte über die Realisierung der Idee Europa zu beginnen und vielleicht dabei auch den experimentierenden Grundzug der Europapolitik wiederzuentdecken?

Die Strategiediskussion gehört in der Europapolitik zu den sträflich vernachlässigten Stiefkindern<sup>35</sup>. Dafür mag die integrationspolitische Mentalität verantwortlich sein, die Dinge treiben zu lassen und aus dem Augenblick heraus zu handeln. Die erste Frage dieser längst überfälligen Strategiedebatte lautet: Wer kann der Impulsgeber für neue Integrations Schritte sein? Ein Honoratiorenkomitee

<sup>34</sup>) Das Europäische Parlament hat am 14. 2. 1984 den Entwurf einer Europäischen Verfassung — dort genannt „Vertrag zur Gründung der Europäischen Union“ — verabschiedet; s. Sitzungsprotokoll des Europäischen Parlaments v. 14. 2. 1984 (PE 8842), S. 27—67; nachgedruckt als Sonderheft der Zeitschrift „Integration“; der kritischen Auseinandersetzung mit der EP-Initiative ist gewidmet: *Integration*, (1984) 1; J. Schwarze/R. Bieber (Hrsg.), *Eine Verfassung für Europa*, Baden-Baden 1984.

<sup>35</sup>) Anregende Anstöße dazu bei H.-P. Schwarz, *Europa föderieren — aber wie? Eine Methodenkritik der europäischen Integration*, in: *Demokratisches System und politische Praxis der Bundesrepublik*, Festschrift für Theodor Eschenburg, hrsg. von G. Lehmbruch u. a., München 1971, S. 377—443; J. Schwarz, *Eine Strategie für die Integration Westeuropas*, in: F.-M. Schmölz (Hrsg.), *Christlicher Friedensbegriff und europäische Friedensordnung*, München-Mainz 1977, S. 84—98; R. Bieber u. a., *Integrationskonzepte auf dem Prüfstand*, Baden-Baden 1983; *Stiftung Wissenschaft und Politik* (Hrsg.), *Polarität und Interdependenz*, Baden-Baden 1978, hier bes. S. 13—42; zur Forschungslage siehe R. Pryce, *Zum aktuellen Forschungsstand über die Europäische Integration in Westeuropa*, in: *Integration*, 5 (1982), S. 164—177.

tee nach dem Vorbild Jean Monnets? Europäische Eliten: Parlamentarier, Intellektuelle, Journalisten, Wissenschaftler? Regierungskonferenzen oder Volksbewegungen? Ein gemeinsam entwickelter Führungswille von Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland, der eine Sogwirkung auf Dritte ausübt — nach dem Modell, das Adenauer und de Gaulle bei Abschluß des Freundschaftsvertrages vorschwebte? Wer kann also der Förderator Europas sein und damit der Idee Europa neue Austrahlung verschaffen?

Die einzelnen Faktoren dieser Frage lassen sich recht präzise kalkulieren: Dieser Förderator kann nur in den Staaten zu finden sein, deren politische und wirtschaftliche Potenz die notwendigen Führungsimpulse freisetzen kann. Man muß das europapolitische Kalkül an den wirklich vorhandenen Machtpotentialen festmachen. Die Träume lösen sich auf, wenn das machtpolitische Deklinieren begonnen hat. Es gehört wohl zu den merkwürdigen Illusionsspielen der Europäischen Integration, Entwürfe für Reformperspektiven oftmals den kleinen Staaten zu überlassen, um sie dann bestenfalls als Spielmaterial für Seminaristen und Visionäre aller Art zu benutzen.

Der gesuchte Förderator kann nur in den Staaten zu finden sein, die mit der Integration Europas mehr verbinden als nur eine pragmatische wirtschaftliche Kooperation. Die Axt war an die Politische Union Europas angelegt, als die Europäische Gemeinschaft den Beitritt von Staaten vollzog, die nur unter dem Sog des wirtschaftlichen Erfolges an der Gemeinschaft interessiert waren. Und das bedeutet: Wir müssen sorgfältig registrieren, welche Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft mit dem erreichten Status quo im wesentlichen zufrieden sind und welche darüber hinaus die Politische Union anstreben. Die Lösung ist dann relativ einfach: Diejenigen, die das politisch geeinte Europa wollen, sollen es bauen, auch wenn es zunächst nur zwei, drei oder sechs Staaten sind. Diejenigen, die sich ausschließlich dem EG-Status quo widmen wollen, sollen sich auf das Krisenmanagement konzentrieren.

Der gesuchte Förderator muß außerdem seinen politischen Willen an existentiellen Aufgaben festmachen. Er darf als Themen nicht die bisherige Agenda wählen — dazu sind die Konfliktlinien und wechselseitigen Lähmungen ja hinreichend bekannt. Er darf als Themen auch nicht die unendlichen Details der alltäglichen Brüsseler Abläufe wählen — da-

für ließen sich kaum die notwendigen politischen Kräfte mobilisieren.

Die großen Themen für ein solches Unternehmen liegen auf der Hand:

— Europa steht in der Gefahr, im Modernisierungswettlauf dieser Welt abgehängt zu werden. Zukunftstechnologie, Strukturwandel des Informationssektors, Kommunikationstechnologie, Raumfahrt, neue Energien — Europa kann hierzu nicht warten, bis dies der Letzte begriffen hat<sup>36</sup>). Es darf auch nicht noch den letzten Bremser einbinden wollen. Nicht im Sinne der ‚abgestuften Integration‘ innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ist dies gemeint, sondern in der Tradition von EPZ und EWS als Ergänzung der Europäischen Gemeinschaft, also in der Tradition der Vielfalt von Organisationsformen.

— Als zweites großes Thema drängt sich die Frage nach der Sicherheit Europas auf. Die traditionelle Forderung nach einem kräftigen Beitrag der Europäer zu ihrer Sicherheit wird zunehmend ergänzt durch den wachsenden Wunsch, das atlantische Gespräch als Dialog selbstbewußter Partner zu führen<sup>37</sup>).

Keine dieser Ideen wird jedoch Erfolg haben können, solange man meint, die entscheidenden Schritte seien allein am prasselnden Kaminfeuer zu vollziehen. Unter den Existenzbedingungen moderner Industriegesellschaften reicht der gute Wille der Staats- und Regierungschefs allein nicht aus. Er muß in politische, in europäische Strukturen übersetzt werden. Solange die europapolitisch Verantwortlichen nur im Erfolgssog nationaler Kräftefelder stehen, kann es und wird es keine wesentlichen Veränderungen der europäi-

<sup>36</sup>) Vgl. u. a. A. Danzin, *Wissenschaft und Wiedergeburt Europas*, Frankfurt-New York 1980; A. Heertje (Hrsg.), *Investieren in die Zukunft Europas*, Oxford 1983.

<sup>37</sup>) Zur Gesamtproblematik siehe K. D. Hartwig, *Verteidigungspolitik als Moment der westeuropäischen Integration*, Frankfurt 1977; K. Carstens/D. Mahncke (Hrsg.), *Westeuropäische Verteidigungskooperation*, München-Wien 1972; zur aktuellen Fragestellung vgl. K. Kaiser u. a., *Die EG vor der Entscheidung, Fortschritt oder Verfall*, Bonn 1983; W. Weidenfeld, *Perspektiven einer engeren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten*, in: *DGFK-Jahrbuch 1982/83: Zur Lage Europas im globalen Spannungsfeld*, Baden-Baden 1983, S. 467—477.

Eine Schritt für Schritt immer dichter werdende sicherheitspolitische Kooperation der Westeuropäer könnte den neuen Weg markieren. Dazu böte sich die Westeuropäische Union, die Europäische Politische Zusammenarbeit, aber auch die Wiederentdeckung der europäischen Idee des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages an. Die Sorgen der Vertragsväter am Anfang der sechziger Jahre waren praktisch identisch mit den heutigen Schwierigkeiten: Spannungen im Ost-West-Verhältnis, Zweifel an der Handlungsfähigkeit der Atlantischen Allianz, europapolitische Krisen. Das eigentliche Thema der vertraulichen Gespräche zwischen Adenauer und de Gaulle war vor diesem Hintergrund auch nicht die bilaterale Aussöhnung zwischen beiden Völkern — die war in ihrer Sicht bereits weitgehend vollzogen. Ihr Thema war die politische und die sicherheitspolitische Union Europas. Ihre Idee lautete: Die politische und sicherheitspolitische Verklammerung von Deutschland und Frankreich soll der Motor der politischen Union Europas sein und die anderen Staaten mitziehen.

## V. Rückkehr zur Originalität

schon Szenerie geben. Heute erweist es sich wohl als schwerwiegender Fehler der Europapolitik, den Aufbau einer europäischen Infrastruktur bisher weitgehend verschludert zu haben. Die Idee der Einigung Europas kann erst dann wieder wirkliche Erfolgserlebnisse bieten, wenn die Europapolitik machtpolitisch nicht mehr fast ausschließlich im Bann nationaler Kraftzentren steht.

Läßt man die politische Szenerie Europas einmal in Ruhe Revue passieren, dann fühlt man sich in ganz merkwürdiger Weise an die Impressionen erinnert, die Gottfried Benn 1947 in seiner ‚Berliner Novelle‘ widergegeben hat: „Europa wird vom Gehirn gehalten, vom Denken, aber der Erdteil zittert, das Denken hat seine Sprünge“<sup>38</sup>). Das Zittern und die Sprünge könnte man heute durchaus ertragen, wenn wir nur zur Originalität des europäischen Denkens wieder vorstoßen könnten. Dies wäre dann wohl die zeitgemäße Antwort auf die Frage nach der Idee Europas.

<sup>38</sup>) G. Benn, *Der Ptolemäer — Berliner Novelle (1947)*, in: *Ders., Gesammelte Werke in acht Bänden*, hrsg. von D. Wellershoff, Bd. 5, Wiesbaden 1968, S. 1396.

## Ist die EG noch zeitgemäß?

### Zur Tragfähigkeit der Integrationspolitik

Die Wahlen zum Europäischen Parlament stehen vor der Tür, und wie schon im Vorfeld der ersten Direktwahl 1979 bemühen sich die Medien darum, ihren Beitrag zur Mobilisierung der Wählerschaft zu leisten. Nicht nur die Kenntnisse über die EG und das Europäische Parlament sind aufzufrischen, sondern es gilt vor allem, der wachsenden Europamüdigkeit — vielleicht sollte man sogar sagen: dem Europaverdruß — entgegenzuwirken.

In dem Bemühen erneut die Attraktivität der EG unter Beweis zu stellen, liefert man eindrückliche Schilderungen, in welchem Umfang deutsche Unternehmen von den Exportmöglichkeiten, die der Gemeinsame Markt zu bieten hat, profitieren. Der wirtschaftliche Nutzen wird immer wieder als *das* schlagkräftige Argument in die Diskussion eingebracht, wenn es um die Existenzberechtigung der EG geht. Damit soll begründet werden, warum es für die Bundesrepublik lohnend sei, finanzielle Opfer zu bringen, die zur Finanzierung einer Agrarpolitik aufgebracht werden müssen, die zumindest weder die Verbraucher noch die Steuerzahler in dieser Form wollen.

Wie bedeutsam ist der Gemeinsame Markt für die deutsche Volkswirtschaft aber nun wirklich? Ein Blick auf die Handelsbilanz liefert ein beeindruckendes Bild: rund 50% des deutschen Außenhandels werden mit den Ländern der Gemeinschaft abgewickelt.

Aber hilft diese statische Betrachtungsweise weiter? Schließlich kann man Märkte nur erhalten, wenn man wettbewerbsfähig bleibt. Und unter diesem Gesichtswinkel relativiert sich die Bedeutung des Gemeinsamen Marktes: Der Kampf um die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft findet nämlich nicht zwischen den europäischen Wirtschaftspartnern statt. Die technologische Herausforderung kommt aus den USA und Japan, und im Kampf um den Markt standardisierter Produkte geht die Konkurrenz von den Schwellenländern der Dritten Welt aus.

Hinzu kommt, daß nicht auf europäischer Ebene entschieden wird, nach welchen Regeln dieser internationale Wettkampf stattfindet; das Management der internationalen

Interdependenz ist vielmehr global organisiert. Die Regeln des internationalen Handelsverkehrs werden im GATT (Multilaterales Zoll- und Handelsabkommen) festgelegt, Abweichungen werden dort eingeklagt oder auch — wie beim Multifaserabkommen — in diesem Kreis vertraglich ausgehandelt. Regelinstantz des internationalen Währungssystems ist der IWF (Internationaler Währungsfond), der in Zusammenarbeit mit BIZ (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich) und Zehnergruppe die internationale Verschuldung zu steuern sucht. Und die international tätigen Großbanken haben sich mit dem Institute of International Finance eine Art Evidenz-Zentrale geschaffen, um ihrerseits die Länderrisiken besser abschätzen zu können. Um den weltweiten Zahlungsverkehr reibungslos abwickeln zu können, haben sich die Wirtschaftsakteure schon viel früher mit der Internationalen Handelskammer in Paris ein Forum geschaffen, das ihren Bedürfnissen entspricht. Die Absprache über die wünschenswerte Ausgestaltung der internationalen Wirtschaftspolitik findet auf den Weltwirtschaftsgipfeln und den Treffen der Big Four statt. Mit der UNCTAD (Welthandelskonferenz) hat die Dritte Welt einen Rahmen geschaffen, um über eine Revision der weltwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien in ihrem Sinne zu verhandeln, etc. In all diesen Gremien geht es um Politik, d. h. um Regeln, mit deren Festlegung die Verteilung von Vor- und Nachteilen verbunden ist. Entsprechend sucht man sich Bündnispartner, werden Interessenkoalitionen geschmiedet, um Mehrheiten für die eigene Position zustandezubringen.

Soweit es bei diesen internationalen Verhandlungen um Handelsfragen geht, ist die Bundesrepublik durch die EG vertreten. Eine Zehnergemeinschaft kann sicher wirkungsvoller auftreten als ein einzelner Nationalstaat. Trotzdem ist diese Vertretung nicht unproblematisch, denn in der Frage der internationalen Wirtschaftspolitik laufen die Konfliktlinien quer durch die EG: die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft haben höchst unterschiedliche Auffassungen über die Vor-

und Nachteile eines freien Welthandels, die Rolle des Staates bei der Förderung technologischer Innovationen etc. Was den Kampf gegen den um sich greifenden Protektionismus angeht, so ist die Bundesrepublik als „Freihändler“ innerhalb der EG inzwischen in einer Minderheitsposition. Wenn es aber richtig ist, daß die Bundesrepublik ihre eigenen wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen und damit ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen nicht mehr innerhalb der EG durchsetzen kann, und wenn die Gemeinschaft insgesamt aufgrund der internen Meinungsverschiedenheiten immer weiter ihre Handlungsfähigkeit verliert, wäre es da nicht klüger, gleich die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit) als Abstimmungsforum zu wählen? In ihr treffen sich alle relevanten westlichen Industrieländer, es könnten sich im größeren Rahmen die Koalition zwischen Freihändlern und Protektionisten bilden. Ein marktwirtschaftlich orientiertes Land wie die Bundesrepublik könnte sich mächtigen Koalitionspartnern wie der USA zugesellen, wohingegen sie in der EG lediglich noch Unterstützung von den Niederlanden, Dänemark und (begrenzt) von Großbritannien erfährt.

Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet muß man sich fragen, ob es nicht an der Zeit wäre, daß die Verantwortlichen in der Bundesrepublik kritisch Bilanz ziehen, ob die eigenen langfristigen wirtschaftlichen Interessen in der EG wirklich noch gewahrt sind, oder ob nicht vielmehr Kooperationsformen außerhalb der EG bzw. die Beschränkung der europäischen Zusammenarbeit auf einen Partner innerhalb der EG der Bewältigung der anstehenden Probleme angemessener wäre? Die Diskussion um eine „abgestufte Integration“ oder wie Mitterand es Anfang Februar 1984 in Den Haag nannte: um ein Europa mit „variabler Geometrie“ ist entfacht. Bemerkenswert ist aber, daß Alternativen zur EG nicht im Gespräch sind.

Man hält an der Gemeinschaft fest, obwohl auch in anderen Politikbereichen — wie in dem der Agrarwirtschaft, der Entwicklungspolitik, der außenpolitischen Koordinierung — die Bilanz keineswegs positiv ist.

Es gibt ein nicht näher definiertes pro-europäisches Bekenntnis, dem sich in der Bundesrepublik alle großen Parteien verpflichtet fühlen; europäische Zusammenarbeit wird als Wert an sich begriffen, der weder offen in Zweifel gezogen noch auch konkret begrün-

det wird. Diese Geisteshaltung ist Bestand deutscher Politik und wirkt ebenso wie die Tatsache der faktischen Mitgliedschaft in der EG als konstante Rahmenbedingung bei der Formulierung außenpolitischer Optionen. Solche Randbedingungen verbürgen Kontinuität, in Krisenzeiten können sie jedoch als Hemmnis wirken. Politik als Reflex einer nur vage zu beschreibenden Grundhaltung mag ausreichen zur Verwaltung des Status quo. In einer historischen Phase jedoch, in der Reformentscheidungen zur Veränderung von Strukturen anstehen — und in einer solchen Phase befinden wir uns gegenwärtig in der EG — sind klare Zielvorstellungen von Nöten.

Eine solche Zielvorstellung muß über reine Nützlichkeitsabwägungen hinausgehen. Schon im nationalen Kontext kann man mit einer Politik, die sich auf das Bilanzieren von Vor- und Nachteilen der EG-Mitgliedschaft — und das vielleicht auch noch nach einzelnen Wirtschaftssektoren getrennt —, keine öffentliche Unterstützung mobilisieren. Sie dient eventuell der Beruhigung kritischer Gemüter, beflügelt aber zu keiner Europa-Begeisterung.

Auf europäischer Ebene gleicht der Versuch, zu einem Austarieren der jeweils nationalen Kosten-Nutzen-Bilanzen zu kommen, der Quadratur des Kreises. Jede Regierung ist von ihren nationalen Interessengruppen auf eine kompromißlose Verteidigung der eigenen Vorteile festgelegt; ihr Handlungsspielraum wird so auf ein Minimum beschränkt. Unter diesen Bedingungen läßt sich die EG nicht aus der Krise herausführen: seit Jahren nun sind die Probleme benannt, Lösungsvorschläge liegen auf dem Tisch, konkrete Aufträge für weitere Verhandlungen wurden erteilt; trotzdem: in Stuttgart wurde verschoben, in Athen zerredet, und in Brüssel scheiterte man wieder an der Finanzfrage.

Wie aber gewinnt man die notwendige Handlungsfreiheit zurück? Wie gelingt es, sich als Regierung von den Fesseln partikularer Forderungen von Interessengruppen zu befreien, breite Unterstützung für eine Politik zu finden, die keine befriedigende Antwort auf alle anstehenden Probleme gibt, die sogar mit Opfern verbunden ist?

Vielleicht hilft ein Blick zurück in die Vergangenheit: Schließlich hat sich auch die Europa-Politik der fünfziger und sechziger Jahre nicht im Paradies abgespielt. Auch in der Bundesrepublik wurde die Gründung der Montanunion und später der EWG sowie der

Europäischen Atomgemeinschaft keineswegs von allen Beteiligten als vorteilhaft und sinnvoll erachtet. Warum ist die Gründung der Europäischen Gemeinschaften trotzdem gelungen; was war das Geheimnis ihres Erfolges und warum bleibt dieser nun so hartnäckig aus?

Um es vorweg zu sagen: Entstehung und Entwicklung der EG ist die Geschichte einer politischen Idee, die an übergreifenden Wertvorstellungen orientiert war und gemäß der spezifischen historischen Bedingungen der damaligen Zeit in der konkreten Form der drei Europäischen Gemeinschaften verwirklicht wurde. Aber wir leben noch heute mit den Erscheinungsformen dieser Idee, nämlich den Europäischen Gemeinschaften, obwohl sich inzwischen die Wertvorstellungen gewandelt haben, und die historischen Bedingungen der 80er Jahre überdies nur noch wenig mit denen der fünfziger Jahre gemein haben. Eine Anpassung der Idee an die sich wandelnde Realität ist nicht erfolgt, und hierin liegt die Crux der europäischen Zusammenarbeit.

Die Idee der europäischen Einigung wurde nach dem 2. Weltkrieg getragen von der Hoffnung, eine zukünftige kriegerische Auseinandersetzungen vermeiden zu können. Frieden war der überragende Wert, der in der Bevölkerung eine breite Unterstützung fand; dies kam in der Popularität der damaligen europäischen Bewegung zum Ausdruck. Die Idee der europäischen Einigung war verknüpft mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen über ihre politische Umsetzung; ihre Konkretisierung in Form der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl erhielt sie nach der Logik der Funktionalisten: für sie war nicht die nationalstaatliche Zersplitterung Europas als solche, sondern die daraus folgende Abschottung der jeweiligen nationalen Volkswirtschaften Ursache von Konflikten. Wirtschaftliche Zusammenarbeit würde zu einer besseren Nutzung der knappen Ressourcen und damit zu einer umfassenderen Befriedigung sozialer Bedürfnisse führen; statt ruinöser wirtschaftlicher Konkurrenz würde Zusammenarbeit und wirtschaftliche Verflechtung ein Netz wechselseitiger Interessen schaffen, das immer wieder dazu anhalten würde, Konflikte friedlich zu regeln und den Bestand an Kooperation nicht zu gefährden, weil er eben im gemeinschaftlichen Interesse liegt.

Diese Idee des „Gemeinschaftsinteresses“ wurde zum Angelpunkt der gesamten EG: Die

innereuropäische Friedenssicherung war einer der Eckpfeiler, Wohlfahrtssteigerung durch wirtschaftliche Zusammenarbeit ein zweiter, und die Optimierung zwischenstaatlicher Zusammenarbeit durch die Gründung supranationaler Institutionen ein weiterer.

Die Einsicht in übergreifende gemeinschaftliche Interessen, der Konsens in Werthaltungen und Zielvorstellungen hätte jedoch nicht ausgereicht, um die Idee in die Wirklichkeit umzusetzen. Der hierzu vorgelegte Schumann-Plan war vielmehr deshalb von Erfolg gekrönt,

— weil er eine konkrete Antwort auf konkrete Probleme enthielt (akute Versorgungsprobleme im Energiebereich, Vermeidung ruinöser Konkurrenz beim Aufbau der Grundstoffindustrien, Aufhebung der internationalen Kontrolle der Ruhr, Regelung der Souveränitätsbeschränkungen der Bundesrepublik, politische Einbindung und Kontrolle eines wiedererstarkten Westdeutschlands)

— weil die Lösungsvorschläge auf einem als gerecht empfundenen Interessenausgleich beruhten und

— weil die politischen Kräfte, die in den einzelnen Mitgliedstaaten über eine Mehrheit verfügten, diese Europa-Politik als Absicherung ihres innenpolitischen Kurses nutzen konnten.

Auch zur Zeit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde das Ziel einer innereuropäischen Friedenssicherung immer noch als Wert begriffen. Aber angesichts der funktionierenden europäischen Zusammenarbeit und der Stabilität der bipolaren internationalen Strukturen als Folge des Ost-West-Konfliktes war seine politische Mobilisierungskraft verlorengegangen. Trotz des Verweises auf die politische Finalität in der Präambel des EWG-Vertrages hat sich der Zweck der europäischen Zusammenarbeit auf Wohlfahrtssteigerung als übergreifendes Ziel reduziert. Zu seiner Verwirklichung wurde ein Gemeinsamer Markt mit ungehindertem Wettbewerb konzipiert; Agrarpolitik und die Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien bildeten eine systemwidrige Anpassung an politische Sonderwünsche einiger Beteiligten.

Vertrag und EWG-Politik der sechziger Jahre entsprachen voll dem Zeitgeist:

— eine Vorherrschaft der materiellen Werte,  
— ein ungebrochener Glaube an Wachstum als Garant von Wohlfahrt, und

— das Vertrauen in die Optimierungsfunktion des freien Wettbewerbs.

Die Krise der europäischen Zusammenarbeit war somit vorprogrammiert:

— die Reduktion auf wirtschaftliche Nutzen-erwägungen verhinderte eine politische Identifizierung;

— die Erwartung, die Europäische Gemeinschaft garantiere Wachstum, hat zur Folge, daß jede Wachstums-minderung zur Legitimationskrise der EG entarten muß;

— die ideologische Überhöhung der Wohlfahrtseffekte einer Marktwirtschaft führten zur Vernachlässigung notwendiger Korrekturmechanismen — wie Sozial- und Regionalpolitik —, mit der eine als ungerecht empfundene Lastenverteilung hätte korrigiert werden können.

Dies bedeutet aber auch, daß die Krise der siebziger und achtziger Jahre nicht eine Krise der europäischen Idee oder des Prinzips europäische Zusammenarbeit ist, sondern eine Krise der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die

— zum einen systeminhärent ist, d. h. sie basiert auf Fehlentwicklungen infolge von Konstruktionschwächen des EWG-Vertrages; dies kam in der Entwicklung regionaler Disparitäten innerhalb der Gemeinschaft am deutlichsten zum Ausdruck;

— zum anderen wurde sie provoziert durch externe Veränderungen wie

— die Wirtschaftskrise der siebziger Jahre infolge des weltwirtschaftlichen Umverteilungskampfes (Rohstoffpreiserhöhung) und

— infolge veränderter Werthaltungen innerhalb der europäischen Gesellschaft.

Vollends in die Sackgasse geriet die europäische Politik schließlich, als weder eine Korrektur dieser systeminhärenten Widersprüche, noch eine Anpassung an die veränderten Umweltbedingungen erfolgte.

Die Europa-Politik der siebziger Jahre war nicht ohne Bewegung, jedoch wurden Veränderungen ohne ausreichende Reflexion von Zielen und Instrumenten vorgenommen. Im Gegenteil: man verfolgte eine in sich widersprüchliche Politik:

1. Man strebte eine Wirtschafts- und Währungsunion an, um dem Verlust wirtschaftlicher Handlungsfähigkeit auf nationaler Ebene infolge der zunehmenden Verflechtung des Gemeinsamen Marktes entgegenzuwirken;

2. man befürwortete die Erweiterung der Gemeinschaft, um neue Absatzmärkte zu gewinnen und das außenpolitische Gewicht der Gemeinschaft in der Welt zu erhöhen;

3. man strebte nach einer politischen Festigung der EG nach innen (Politische Union) und nach außen (EPZ), um den europäischen Zusammenhalt langfristig zu sichern;

4. man verlieh dem Europäischen Parlament zusätzliche Kompetenzen und beschloß, es künftig von den Wählern direkt wählen zu lassen, um die politische Integration an der Basis zu fördern und dem Anspruch demokratischer Kontrolle gerecht zu werden.

Jedes einzelne dieser politischen Ziele ist legitim und steht für sich genommen in einem rationalen Ziel-Mittel-Verhältnis. Untereinander aber sind diese Ziele und die ihnen zugeordneten Maßnahmen inkompatibel:

Eine Erweiterung der EG erhöht zwangsläufig deren strukturelle Heterogenität, verschärft bereits bestehende innere Gegensätze. Eine Wirtschafts- und Währungsunion dagegen ist ebenso wie eine politische Union auf die Angleichung ökonomischer und politischer Strukturen, auf einen Gleichklang der wirtschaftlichen Entwicklung und eine Parallellität politischer Interessen angewiesen. Die Durchführung der Erweiterung hat die Beschlüsse zur Vertiefung der EG, nämlich Wirtschafts- und Währungsunion und Politische Union zum Scheitern gebracht; sie hat sogar die Chancen ihrer zukünftigen Verwirklichung weiter gemindert.

Eine Gemeinschaft, die infolge ihres großen Mitgliederkreises geprägt ist von erheblichen Strukturunterschieden und Interessendivergenzen wird zwangsläufig ihren supranationalen Charakter verlieren; die einzelnen Mitgliedstaaten werden eifersüchtiger als zuvor darüber wachen, daß der gemeinschaftliche Entscheidungsprozeß unter nationaler Kontrolle bleibt. Diese faktische Entwicklung steht im Widerspruch zu der Verleihung zusätzlicher Rechte an das Europäische Parlament und läßt seine Bemühungen um vermehrten politischen Einfluß ins Leere laufen.

Ähnlich ist es mit der Wirkung der Direktwahl: in einer Gemeinschaft der Zehn oder zukünftig sogar der Zwölf ist die soziale Distanz (wie Umfragen des Euro-Barometers ergeben haben) zu groß, um jenes notwendige Maß an Verbundenheit herzustellen, welches Voraussetzung für eine funktionierende repräsentative Demokratie ist. Damit ist aber auch die Legitimität europäischer Politik, die

nicht von den Nationalstaaten kontrolliert wird, in Frage gestellt.

Das Dilemma der heutigen EG ist, daß wir mit den Ergebnissen einer widersprüchlichen Politik konfrontiert sind, die durch einzelne Entscheidungen im Verlauf der siebziger Jahre angelegt wurden. Sie kamen zustande nach dem Prinzip des „muddling-through“; was fehlte, war eine klare Zielvorstellung über den Sinn und das Wesen der Gemeinschaft, die man haben wollte. Diese Unklarheit über politische Ziele wird besonders am Beispiel der Entscheidung über die Süderweiterung der EG deutlich. Sie impliziert eine politische Weichenstellung, ohne daß hierzu eine politische Debatte stattfand. Statt sich auf eine Kontroverse über den Sinn und die politischen Implikationen der Aufnahme der drei südeuropäischen Länder in die Gemeinschaft einzulassen, verschanzte man sich hinter Rechtspositionen: Zum einen bringt man den Verweis, daß nach der Präambel des EWG-Vertrages die Gemeinschaft allen europäischen Staaten offensteht; zum anderen erklärt man, daß der Prozeß der Eingliederung eindeutig geregelt sei, nämlich durch die einseitige Übernahme des *acquis communautaire* seitens der Beitrittsstaaten. Mit anderen Worten: auch wenn industrielle Schwellenländer wie Spanien und vor allem Portugal, aber auch schon Griechenland und Irland noch so wenig in eine Wettbewerbsgemeinschaft von hochindustrialisierten Staaten hineinpassen mögen, so soll doch die Konstruktion des Gemeinsamen Marktes davon unberührt bleiben; es kann nur akzeptiert werden, daß durch entsprechend lange Übergangsfrieten eine einseitige Anpassung seitens der Beitrittsländer erfolgt.

Wie wenig realistisch diese Annahmen sind, zeigt das griechische Beispiel. Das Memorandum der griechischen Regierung hat de facto einen Prozeß der Neuverhandlung der Beitrittsbedingungen eingeleitet und Griechenland ist in den zwei Jahren seiner Mitgliedschaft sowohl im Rat der EG wie in der EPZ stets durch seine Sonderrolle aufgefallen. Am Beispiel Griechenlands wie auch schon am Beispiel Großbritanniens wird deutlich, daß die Einbeziehung eines Landes in die Gemeinschaft ein höchst komplexer sozio-ökonomischer Prozeß ist, der auch politisch getragen werden muß bzw. in dem neuen Mitgliedsstaat eine eigene politische Dynamik entfaltet. „Anpassung“ ist weder technokratisch zu planen noch zu implementieren.

Zum anderen gestaltet ein neues Mitgliedsland vom Augenblick der Vollmitgliedschaft an die zukünftige Entwicklung der Gemeinschaft mit. Die von den Beitrittsländern unterschriebene „Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes“ legt zwar bestimmte Spielregeln fest, doch an deren inhaltlichen Ausgestaltung haben die neuen Staaten ebenso Anteil wie die Altmitglieder der EG. Auch sie versuchen verständlicherweise, diese EG nun nach ihren Interessen zu formieren. Somit ist es vielleicht nur noch eine Frage der Zeit bzw. der Aufnahme weiterer Mitgliedsstaaten, ob der Gemeinsame Markt, der einst als wettbewerbsintensiver Binnenmarkt mit liberalem Außenschutz konzipiert war, sich nicht allmählich in eine „Entwicklungsgemeinschaft“ verwandelt, die mit interventionistischen Gemeinschaftseingriffen versucht, das regionale Entwicklungsgefälle auszugleichen und durch protektionistischen Außenschutz die strukturschwachen Industrien am Leben zu erhalten.

Statt sich bewußt diesen politischen Optionen zu stellen und eine rationale politische Wahl zu treffen, hat man sich bei seinen Entscheidungen an vorgegebene Formen und Verfahren der Zusammenarbeit gehalten und offensichtlich erwartet, daß die etwas verschwommenen Zielvorstellungen widersprüchlichster Art damit in Einklang zu bringen sind.

Mit jeder Erweiterung wird es schwieriger, die Grundprinzipien des Gemeinsamen Marktes aufrecht zu erhalten. Der damit verbundene Qualitätswandel der EG mag für die einen willkommen, für die anderen — wie beispielsweise die deutsche Industrie — höchst unerwünscht sein. Darüber mag man sich politisch streiten. Für jeden kritischen Beobachter aber muß es bedenklich erscheinen, daß ein solcher Qualitätswandel als quasi implizite Folge einer Entscheidung stattfindet, deren Für und Wider nicht öffentlich diskutiert wurde. Sucht man nach den Motiven für die Einbeziehung der südeuropäischen Länder in die EG, so stößt man auf Erklärungen, die — setzt man sie in ein Ziel-Mittel-Verhältnis mit dem Beitritt — leerformelhaft und diffus bleiben: Festigung der Demokratie in Griechenland, Spanien und Portugal, Stabilisierung des Mittelmeerraumes, Stärkung der europäischen Einigung — sind diese Ziele durch eine Ausdehnung des europäischen Binnenmarktes, durch die Aufnahme der Mittelmeerregion in die gemeinsame Agrarpolitik, durch eine zusätzliche Er-

weiterung des Mitgliederkreises in der außenpolitischen Kooperation zu erreichen?

Einzelne Wissenschaftler haben sich Gedanken gemacht, welche Rolle die EG für die sozio-ökonomische und politische Entwicklung der Südländer spielen könnte; ob dies den politischen Entscheidungsträgern überhaupt zur Kenntnis gelangt ist, kann bezweifelt werden. Eine umfassende Analyse darüber, welche Folgen die erneute Erweiterung für die Entwicklung der EG haben wird, in welcher Weise sich der Charakter verändern wird und ob eine solche Veränderung überhaupt für wünschbar erachtet wird, gibt es selbst im Bereich der Wissenschaft nicht. Welche Gemeinschaft man in Zukunft haben wird oder haben will, ist eine Frage, die erst noch gestellt werden muß.

Die Antwort kann sich nicht aus einem ökonomischen Kosten-Nutzen-Kalkül oder gar aus der Addition der Vorteile ergeben, die man in den einzelnen Bereichen der Gemeinschaftspolitik — der Agrarwirtschaft, der Regionalpolitik, dem Binnenmarkt etc. — zieht, sondern aus einer Gesamtschau politischer Prozesse, in denen internationale Kooperation und Integration einen spezifischen Stellenwert einnimmt. Es sind unterschiedliche Modellvorstellungen denkbar, in denen sich spezifische politische Leitideen ausdrücken und die unterschiedliche politische Wertvorstellungen verkörpern. Deshalb muß die Aufgabe des Wissenschaftlers sich darauf beschränken, verschiedene Modellentwürfe idealtypisch darzustellen und sie in die Diskussion einzubringen. Es ist dann Aufgabe von Politikern, die Auswahl und damit die Wertentscheidung zu treffen.

Im Folgenden sollen zwei Modelle mit jeweils unterschiedlichem Wesensgehalt skizziert werden, wobei zur Verdeutlichung eine etwas grobe Typisierung vorgenommen wird.

### **Europäische Gemeinschaft als „Insel der Stabilität in einer turbulenten Welt“**

Diese Vorstellung beruht auf einem Minimalkonsens, der darin besteht, daß man den westeuropäischen Raum als „Sicherheitszone“ gestalten möchte, die intern nach den Vorstellungen der beteiligten Staaten auszubauen ist und damit auch zum bevorzugten Handlungsraum würde, und die nach außen eine größere Unabhängigkeit verschafft, weil die einzelnen Nationalstaaten dann nicht mehr unmittelbar mit den weltpolitischen Veränderungen konfrontiert sind.

Stabilität, Kontinuität und Berechenbarkeit wären die obersten Leitprinzipien für eine solche Gemeinschaft.

Ökonomisch betrachtet ginge es um die Schaffung eines großen Wirtschaftsraumes, in dem die Prinzipien von Freizügigkeit gewährleistet sind, und in dem störende wirtschaftspolitische Eingriffe der Nationalstaaten auf ein Minimum beschränkt sind, so daß sich dauerhaft eine funktionierende Arbeitsteilung entwickeln kann. Der Preis für die Offenhaltung dieses großen Binnenmarktes für die wettbewerbsfähigeren Anbieter im Innern wird eine stärkere Abschottung gegenüber der Konkurrenz von außen sein und — je nach dem Kreis der Beteiligten — eine gezielte innergemeinschaftliche Entwicklungspolitik.

Im politischen Bereich wären die Ziele Herstellung von Systemisomorphie und Garantie politischer Stabilität; mit anderen Worten: Angleichung der gesellschaftlichen und politischen Verfassungssysteme, wobei die Verwirklichung von Demokratie gleichzeitig als Garant stabiler politischer Verhältnisse begriffen wird: Sie erleichtert den friedlichen Wandel und fördert die Herausbildung eines gesellschaftlichen Grundkonsenses. Sie verhindert somit soziale und politische Eruptionen, in deren Folge es zur Machtübernahme beispielsweise ausländisch gesteuerter politischer Kräfte kommen könnte, deren Interessen nicht mit denen der übrigen Westeuropäer zu vereinbaren sind.

Politische Stabilität ist nicht nur eine innergemeinschaftliche Wertgröße, sondern auch aufgrund ihrer möglichen Außenwirkungen von Interesse. Sprunghafte politische Veränderungen, ungeklärte Machtverhältnisse, gesellschaftliche Umbrüche wirken als Unsicherheitsfaktoren in einer Region wie beispielsweise der des Mittelmeerraumes, die ohnehin aufgrund des Nahost-Konfliktes zu einer der heikelsten Konfliktzonen in unmittelbarer Nachbarschaft Westeuropas zählt.

Im internationalen Zusammenhang ermöglicht ein solcher Regionalverband eine kollektive Interessendurchsetzung seiner Mitglieder. Vorbild wäre hier die EPZ, die sich als wirksames Instrument erwiesen hat, um die Positionen, auf die man sich im Kreis der EG-Partner einigen konnte, mit größerem Gewicht nach außen zu vertreten. Für einige Mitgliedsstaaten dient sie zudem als eine Art „Schutzschirm“, der es erlaubt, politische Haltungen zu vertreten, die als einzelstaatliche

Außenpolitik auf massiveren inneren (z. B. Rüstungsexporte) oder internationalen (z. B. Nahost-Politik) Widerstand stoßen würden.

Eine solche Vorstellung der EG als „Insel der Stabilität“ entspricht eher klassischen Konzepten zwischenstaatlicher Konzertierung als denen einer „Politischen Union“. Der Zweck der Zusammenarbeit ist formal bestimmt und wird gewährleistet durch die Einigung auf bestimmte Strukturen und Verfahren: wünschenswertes Ergebnis der außenpolitischen Konzertierung ist es, mit einer Stimme zu sprechen; was diese Stimme jedoch sagen wird, bleibt offen. Der Inhalt ist Ergebnis des politischen Prozesses. Eine gewisse Parallelität der Interessen ist wünschenswert, um die Wirksamkeit des Verfahrens sicherzustellen; worin die Interessenübereinstimmung besteht, braucht jedoch nicht inhaltlich festgelegt zu werden. Das Gemeinschaftsinteresse reduziert sich auf den Bestand an Regeln, die für einen reibungslosen Wirtschaftsaustausch und eine effiziente politische Absprache erforderlich sind. Die Verfahren der Entscheidungsfindung sind im wesentlichen zwischenstaatlicher Natur, wohingegen die Implementierung politischer Vereinbarungen supranationalen Charakter haben kann, d. h. die unmittelbare Bindungswirkung europäischen Rechts und der Vorrang des Gemeinschaftsrechts vor nationalem Recht bleiben erhalten. Eine politische Integration findet nicht statt. Das Europäische Parlament hätte in einem solchen System lediglich die Funktion eines zusätzlichen Indikators politischer Strömungen und Tendenzen innerhalb der Mitgliedsstaaten, eines „braintrusts“ für europäische Handlungsoptionen sowie eines Multiplikators, der europäische Politik einer breiteren Öffentlichkeit nahebringt und verständlich macht.

Der Vorteil dieses Modells aus der Sicht der Mitgliedsstaaten bestünde darin, daß es die Handlungsfreiheit seiner Mitglieder weniger beschneidet und es damit eine größere Eigenständigkeit und auch Vielfalt der beteiligten Staaten und Gesellschaften erlaubt. Die Gefahr einer solchen Konstruktion läge darin, daß jeder Mitgliedsstaat verleitet sein wird, die europäische Zusammenarbeit als Mittel zur Vergrößerung seiner eigenen wirtschaftlichen und außenpolitischen Handlungsoptionen zu nutzen; eine solche instrumentale Auffassung der Gemeinschaft unterminiert langfristig ihre politische Handlungsfähigkeit und damit auch ihren Nutzen für die Beteiligten.

Bei genauerem Hinsehen wird man feststellen, daß dieses Modell der Realität der EG recht nahe kommt.

### Die Europäische Gemeinschaft als „Wertegemeinschaft“

Eine ganz andere Vorstellung von Gemeinschaft ist an die Idee geknüpft, daß sie nicht nur funktional der Erfüllung bestimmter Aufgaben dient, sondern daß es eine europäische Gemeinsamkeit gibt, der durch entsprechende Formgebung Ausdruck zu verleihen ist. Mit anderen Worten: es gibt eine Substanz, die spezifisch europäisch ist, und die zu wahren und gegen gegenläufige Interessen anderer Staaten zu verteidigen das eigentliche Gemeinschaftsinteresse ausmacht.

Worin diese europäische Gemeinsamkeit liegt, hängt vom Standpunkt des Betrachters ab; ihre Interpretation ist notwendig weltanschaulich gebunden. Wenn Adenauer in Zusammenhang mit europäischer Gemeinschaftsbildung von der Sicherung „abendländischer Kultur“ sprach, so war dies nicht lediglich eine wahltaktisch geschickte Leerformel, als die sie häufig diskreditiert wurde, sondern eine Sinnggebung der europäischen Integration aus seiner Sicht. Vom Standpunkt des oppositionellen SPD-Führers Schumacher wurde eben diese Gemeinschaftsbildung als „klerikales, kapitalistisches Klein-Europa“ verworfen. Beide Politiker traten für eine engere europäische Zusammenarbeit ein, aber die unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Positionen trennten sie, wenn es um den Kreis der Beteiligten und die Organisationsform der Kooperation ging. Auch in der Gegenwart kann kein neutrales Konzept entwickelt werden; jede Definition der spezifisch europäischen Interessen ist Parteinahme, ist geprägt von einem gesellschaftspolitisch gefärbten Grundverständnis von Politik. An zwei Beispielen soll dies verdeutlicht werden:

Seit einiger Zeit ist die Diskussion um eine bessere Wahrung der besonderen europäischen Sicherheitsinteressen im Gange. Worin aber liegt die europäische Gemeinsamkeit in Sicherheitsfragen? Technokratisch betrachtet ist die komplexe Verflechtung unseres technologisch hochentwickelten Wirtschaftssystems sowie die hohe Importabhängigkeit von produktionsnotwendigen Rohstoffen und Energie bestimmendes Merkmal aller westeuropäischen Länder. Aus dieser Sicht sind internationale Konflikte auch fernab von Europa für unsere ökonomische Sicherheit un-

mittelbar relevant, und es liegt im gemeinschaftlichen Interesse, die Störanfälligkeit der europäischen Volkswirtschaften infolge ausländischer Einflüsse gering zu halten. Konkret heißt dies, daß der Bedrohung der wirtschaftlichen Sicherheit durch eine Lieferunterbrechung oder sprunghafte Verteuerung von Rohstoffen wie im Fall des OPEC-Kartells durch die Entwicklung gemeinsamer Sanktionsinstrumente und deren koordinierten Einsatz bis hin zur Entsendung von militärischen Eingreiftruppen Paroli zu bieten ist.

Eine ganz andere Sichtweise von europäischer Gemeinsamkeit in Sicherheitsfragen wird offenkundig, wenn man sich unter Verweis auf die Grundidee funktionalistischer Integration darauf beruft, daß nicht Macht, insbesondere nicht die Verfügung über militärische Gewaltmittel der beste Weg zur Sicherung des Friedens ist, sondern der Abbau von Konfliktpotentialen im Wege friedlichen Wandels sowie die Förderung internationaler Verflechtung, die wechselseitige Abhängigkeit und damit auch gemeinsame Interessen schafft. In eine solche Konzeption fließen typisch europäische Erfahrungen ein; einmal die der europäischen Einigungspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, die in erster Linie eine Friedenspolitik war, und zum anderen die historische Erfahrung eines engen Zusammenlebens mit Nachbarstaaten, die nicht die eigenen Werte teilen und mit denen trotzdem ein friedliches — oder zumindest gewaltfreies — Nebeneinander organisiert werden muß. Zugrunde liegt ein soziologisches Verständnis von Sicherheit, das Konflikte nicht als Ausdruck politischer Machtkämpfe, sondern als Ergebnis komplexer sozialer Prozesse begreift. Entsprechend wird nicht eine Sanktionspolitik, sondern die internationale Kooperation als angemessenes Mittel der Sicherheitspolitik begriffen, wobei es weltweit um die Befriedigung sozialer Grundbedürfnisse und die gerechte Verteilung von Entwicklungschancen geht.

Es ist unschwer zu erkennen, daß sich diese beiden Interpretationen von europäischen Sicherheitsinteressen parteipolitischen Positionen zuordnen lassen. Die Frage nach der europäischen Besonderheit, nach dem Gemeinschaftsinteresse ist eben nur politisch kontrovers zu diskutieren. Dies gilt auch für ein zunächst so unpolitisch erscheinendes Thema wie die technologische Herausforderung.

Wird sie begriffen als ein Problem von wissenschaftlich-technischer und wirtschaftli-

cher Effizienz, dann gilt es, die traditionell hohe Leistungsfähigkeit Europas zu bewahren und dementsprechend jene Hemmnisse zu beseitigen, die durch die geringe Größe der nationalen europäischen Forschungshaushalte, die Beschränkungen öffentlicher Auftragsvergabe und die mangelnde Abstimmung auf beschränkten Absatzmärkten bedingt sind.

Wird sie hingegen als sozio-ökonomische Herausforderung betrachtet, die mit Problemen sozialer Akzeptanz, gesellschaftlicher Strukturveränderung und einem Wandel politischer Rahmenbedingungen verbunden ist, so wird man die Gemeinsamkeit in der europäischen Tradition bei der Bewältigung solcher Aufgaben im Sinne sozialer Verantwortung sehen — eine Tradition, die durch Humanismus, Liberalismus und eben auch eine 100 Jahre alte Arbeiterbewegung und auch obrigkeitstaatliche Sozialgesetzgebung geprägt ist, die ihren Niederschlag in gesellschaftlichen Strukturen und Wertvorstellungen gefunden hat, die weder mit denen der USA noch Japans vergleichbar sind.

Auch hier sind offenkundig die unterschiedlichen Positionen modellhaft überzeichnet. Dies ist jedoch erforderlich, um bewußt zu machen, daß eine neue Zielbestimmung europäischer Zusammenarbeit in einer politischen Auseinandersetzung gefunden werden muß. Damit sind die politischen Kräfte der Mitgliedsstaaten aufgerufen, Vorstellungen über den Sinn und Inhalt einer Europäischen Gemeinschaft zu entwickeln; es müssen neue Ziele und Methoden der Zusammenarbeit festgelegt und auch der Kreis der Beteiligten neu bestimmt werden. Wer aber ist am besten geeignet, diese Aufgabe zu erfüllen?

In einem seiner jüngsten Artikel vertritt H. Stadlmann<sup>1)</sup> die Auffassung, daß diese Aufgabe den Staats- und Regierungschefs zukäme. Verfolgt man die Verfassungsinitiative des Europäischen Parlamentes, so ist dieses offensichtlich der Überzeugung, daß das Parlament als rechtlich aufgewertetes Verfassungsorgan der EG diese Rolle zu erfüllen hätte. Beide Ansätze sind nicht erfolgversprechend.

Am besten geeignet erscheinen vielmehr jene Kräfte, die die drei folgenden Eigenschaften aufweisen:

<sup>1)</sup> H. Stadlmann, Die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft nach dem Fehlschlag von Athen, in: Europa-Archiv, (1984) 2, S. 35—42.

— die ein Eigeninteresse daran haben, den Bereich europäischer Gemeinsamkeiten abzustechen;

— die es gleichzeitig gewohnt sind, angesichts weltanschaulich bestimmter Optionen Partei zu ergreifen und übergreifende Wertvorstellungen programmatisch umzusetzen;

— deren berufliches und persönliches Schicksal daran gebunden ist, daß sie auch eine öffentliche Resonanz für ihre Ideen finden.

Mit anderen Worten: Die Fraktionen des Europäischen Parlamentes. Sie sind aufgerufen, die Debatte um die Zukunft der Europäischen

Gemeinschaft zu entfachen. Sie müssen diese Debatte in die Parteien und in die politische Öffentlichkeit in den einzelnen Mitgliedsstaaten hineinbringen, denn nicht juristische Kompetenzen, sondern der breite politische Konsens der europäischen Bevölkerung ist Grundlage dafür, daß die europäische Gemeinsamkeit — wie immer sie definiert wird — auch in politischem Handeln ihren Ausdruck findet.

Um auf die Ausgangsfrage zurückzukommen, ob die EG noch zeitgemäß ist: Eine Europäische Gemeinschaft ist höchst zeitgemäß, EG und EPZ in ihrer gegenwärtigen Verfassung sind es dagegen nicht.

## Europa ohne Grenzen

### I.

*Gesellschaften können einander immer ähnlicher werden, ohne daß ihre Mitglieder oder ihre Führer sich dieser wachsenden Ähnlichkeit bewußt würden, der Probleme, die sie stellt, der Lösungen, die ein gemeinsamer politischer Wille erreichen kann.*

François Bourricaud in: Daedalus, Frühjahr 1979  
„The european predicament“

*Die entscheidende Frage ist: findet Europa den Mut, neue Ideen zu formulieren und auszuleben, die die ganze Welt angehen, also in diesem Sinne nicht spezifisch europäisch sind? Wir Europäer haben eine merkwürdige Art, uns mit unserem Selbstverständnis herumzuquälen. Was Europa ist, weiß die übrige Welt ganz genau: das Residuum seiner Geschichte. Der Begriff der Identität darf nicht den des geschichtlichen Wandels überdecken.*

Rüdiger Altmann, Bergedorfer Gesprächskreis, Zürich 1983, Protokoll 73

Mitte Oktober 1933 fand in Paris im Rahmen des internationalen Institutes für intellektuelle Zusammenarbeit — eine Schöpfung des Völkerbundes — ein Kolloquium statt, das den Titel trug: „Die Zukunft des europäischen Geistes“. Die Teilnehmer gehörten zu den angesehensten Schriftstellern und Denkern. Da waren deutscherseits Thomas Mann und Graf Keyserling, unter den Franzosen Paul Valéry — er präsierte — und Julien Benda, ferner der Holländer Johan Huizinga, der Engländer Aldous Huxley, der Spanier Salvador de Madariaga, der nach Francos Sieg Emigrant wurde, und der Ungar Graf Teleki, der sich später das Leben nahm, weil er Hitlers Druck nicht nachgeben wollte — 30 Teilnehmer insgesamt.

Im Jahr der nationalsozialistischen Machtergreifung haben diese erlauchten Geister tiefgründig, in gewisser Weise katastrophenbewußt, aber meist unpolitisch über europäische Kultur, Bestimmung und Perspektiven gesprochen. Da böte sich der Schluß an, daß der Band, der diese Gespräche enthält, heute nur als Kuriosität von Interesse bleibt.

Wenn nämlich schon in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts — ich komme darauf noch zurück — Dichter, Historiker, Philosophen schwerste Erschütterungen, das Aufkommen grausamer Despoten für Europa voraussahen, so mag dieser Versuch einer gemeinsamen Bestimmung des „europäischen Geistes“ im Herbst 1933 fast tragikomisch anmuten. Stritt nicht Byzanz um das Geschlecht der Engel, als die Türken zum siegreichen Ansturm ansetzten?

So hatte ich es erwartet und war entsprechend überrascht, hier Beachtlicheres und aktueller Interessantes zu finden, als zu vermuten war. Paul Valéry weist zum Beispiel darauf hin, daß in der Literatur das spezifisch Nationale, dort wo es groß ist, ganz von fremden Einflüssen durchdrungen erscheint.

Er sieht zugleich einen beunruhigenden Wandel des Verständnisses und des Verhaltens: „Mir scheint, daß es eine Art Reaktion, eine Abwehr gegen die Kommunikation gibt, ein rätselhaftes Phänomen, das eben erst einsetzt und das wir noch nicht deutlich sehen. Was man versucht hatte zu vereinen, und was aus innerer Logik zur Einheit zu streben schien, scheint sich heute trennen zu wollen. Befragen Sie Ihr eigenes Herz, und was finden Sie? Zwei Personen. Den Europäer, der eine allgemeine europäische Kultur besitzt und das Gefühl des Universalismus, und daneben eine andere Person, die in ihre nationalen Traditionen eingeschlossen ist. Die Umstände entscheiden, was davon in uns der imaginäre, was der wirkliche Teil ist.“

Graf Keyserling, der deutschen Ereignisse bewußt, sah keine Möglichkeit der Gegenwehr. Hätten sich denn einst die verfolgten Christen in den Katakomben retten können, wenn es schon Mikrophone und Funk gegeben hätte? Intellektuelle von der Art der hier versammelten seien eine winzige Minderheit, die nur noch wenig Prestige genieße und überhaupt keine Macht habe.

Johan Huizinga, der Autor von „Herbst des Mittelalters“, hatte die sehr bestimmte dü-

stere Ahnung, daß die Welt an der Schwelle der Barberei stehe. Massen könnten sich nunmehr schnell und fest organisieren. Nicht die Wahrheit und das Recht würden daraus Nutzen ziehen, sondern der Wahnsinn und das Verbrechen.

Julien Benda — sein „Verrat der Intellektuellen“ ist vor einigen Jahren auch deutsch wieder veröffentlicht worden — empfiehlt, auf versöhnlerische Erklärungen zu verzichten und auf die Heuchelei, mit der tiefes Verständnis für jede nationale Besonderheit ausgedrückt wird in der Zuversicht, alles lasse sich schließlich harmonisieren. „Hat sich etwa Frankreich gebildet, indem es den Provinzen Artois und Languedoc erklärte, sie sollten nichts von ihrer besonderen Zivilisation preisgeben?“ Es käme darauf an, daß die Völker einen Bereich ihres Bewußtseins wahrnehmen, in welchem die Unterschiede schwächer werden. Der Apostel Paulus habe die Skythen, Griechen, Juden nicht gerühmt, weil sie ihre jeweils besondere Kultur bewahrten, sondern sie aufgefordert innezuwerden, daß Christus in allem ist.

## II.

Zu jener Zeit korrespondierte der damals in Italien lebende Philosoph Karl Löwith mit seinem Lehrer Martin Heidegger, den er kritisch in einem Buch dieses Titels einen „Denker in dürftiger Zeit“ genannt hatte; nach dem Krieg trug er bei aller politisch-philosophischen Distanzierung noch zu einer Festschrift für den Freiburger Philosophen bei.

Die Emigration führte Löwith dann für viele Jahre nach Japan und gab ihm Gelegenheit, Europa aus der Distanz einer ganz anderen Kultur zu sehen. Gerade diese Sicht erschien ihm aber als spezifisch europäisch, als Öffnung auf das Fremde und Hineinnehmen fremder Erfahrung ins Eigene.

Bedeutende Schriften, die Karl Löwith in englischer Sprache verfaßte, sind erst jüngst (1983) in der begonnenen Ausgabe der Gesammelten Schriften deutsch zugänglich geworden. Das gilt insbesondere für eine Arbeit von 1940 über den europäischen Nihilismus — dem Thema sind in diesen Jahren zwei Bücher gewidmet worden<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> W. Kraus, Nihilismus heute oder die Geduld der Weltgeschichte, Wien 1983; E. Severini, Vom Wesen des Nihilismus, Stuttgart 1983. Löwiths Schrift

Graf Teleki wies darauf hin, daß alle großen Bewegungen in Europa jeweils das ganze Europa erfaßt haben. Die Epoche, in der die großen europäischen Universitäten gegründet wurden, sei ein einziges Jahrhundert gewesen.

Aldous Huxley, dessen schwarze Utopie „Brave New World“ die spätere Genmanipulation vorwegnahm und einen Zustand stumpfen verordneten Glücks schilderte, erhoffte nichts von der Ausdehnung der Alphabetisierung und der Bildung. Einst hätten die Engländer die Bibel und Bunyans „Pilgrim's progress“ gelesen. Heute läsen sie nicht manchmal Meisterwerke sondern ununterbrochen Gemeinheiten und Blödsinn.

So müssen wir feststellen, daß die Zukunft des europäischen Geistes von dessen hervorragenden Vertretern vor einem halben Jahrhundert nicht hoffnungsvoll gesehen wurde, obgleich sie das Ausmaß der kommenden Schrecken und Greuel nicht erahnten.

Ihm wie auch anderen war bewußt, daß mit den Millionenopfern des ersten, wesentlich europäischen Weltkrieges die Zuversicht in ein Walten der Vernunft in einer zielgerichteten Geschichte tief erschüttert war; er sah, daß sich das Verhängnis nunmehr noch weiter ausbreiten würde. Löwith zitiert Voraussagen des neunzehnten Jahrhunderts, darunter Jacob Burckhardt, der in einem Brief schrieb: „Ihr alle wißt noch nicht, welche Tyrannei über den Geist ausgeübt werden wird unter dem Vorwand, daß Bildung eine geheime Verbündete des Kapitals sei, das man vernichten müsse“ — und später: „Die Leute glauben nicht mehr an Prinzipien, werden aber wahrscheinlich periodisch an Erlöser glauben. Aus diesem Grund wird die Autorität wieder ihr Haupt erheben in dem erfreulichen zwanzigsten Jahrhundert, und ein schreckliches Haupt.“

Löwith zitiert auch das 1916 verfaßte Gedicht „Der Krieg“ von Stefan George, einem Autor, der heute manchmal ein wenig schablonenhaft abgetan wird und der damals ohne jeden

hat den Untertitel: Zur geistigen Vorgeschichte des europäischen Krieges.

Jubel, in den sogar Rilke eingestimmt hatte, „Untergänge ohne Würde“ voraussagte. Dort steht auch die Zeile: „Erkrankte Welten fiebern sich zu Ende.“

Europa — das war vielen vor allem: kultureller Reichtum der Formen, der Gedanken, die Polis mit ihren Bürgern und dem offenen Dialog, die jüdische, christliche, griechische, römische Überlieferung — in ihren Gegensätzen, aber auch in ihrer Synthese, ihrer Fülle; es war die Renaissance, die Ratio, wie sie sich nirgends sonst ausbildete, die Wissenschaft und ihre Anwendung, die Geschichtsschreibung und vieles mehr, das zunächst europäisch geprägt wurde und dann die ganze Welt erfaßt hat.

Doch Karl Löwith fragte, ob nicht der Nihilismus das Ende, der Fluchtpunkt, der geheime Drang dieser ganzen unvergleichlichen Entwicklung des Bewußtseins gewesen sei. Es ging ja nicht mehr um Griechen gegen Barbaren und asiatische Despoten, sondern um eine Barbarei von innen, und nicht etwa nur um die Barbarei eines „Pöbels“, sondern um die Mitwirkung eines Großteils der Gebildeten, sogar bedeutendsten Geister, also derer, die als „Elite“ galten. Die „Geschichte“, deren Gang einst Hegel und später als Zeitlichkeit Heidegger gehuldigt hatte, erschien Löwith nicht mehr als ein möglicher Maßstab. Die Kultur, so schrieb er später, habe vor allem die Unterschiede wahrgenommen und nicht genügend die Konstanz menschlicher Bedürfnisse und Hinfälligkeiten. Das Gerede vom „Neuen Menschen“ sei gegenstandslos gewesen und werden es bleiben.

Hier besteht Anlaß, einen späteren Autor zu zitieren, den Basler Historiker Herbert Lüthy, der zwar sein wissenschaftliches Hauptwerk in französischer Sprache geschrieben hat, aber vieles andere auf deutsch, so das Buch: Frankreichs Uhren gehen anders.

Zwei Essay-Bände, heute wohl nicht mehr greifbar, hat in den sechziger Jahren Manès Sperber veröffentlicht. Ihre Titel lauten: In Gegenwart der Geschichte und — Nach dem Untergang des Abendlandes.

Eine Einsicht dieses Historikers — durch seine spätere Asienforschung weiter entwickelt — ist diese: Europa kann nicht losgelöst von der westlichen Welt gesehen werden, und zwar zu keiner Zeit. Der Imperialismus, den Lenin als die „letzte Phase des Kapitalis-

mus“ bezeichnet hatte, sei vor allem seine erste Phase, sein Beginn gewesen. Vom Überseehandel her sind die großen Aktiengesellschaften gegründet worden, sind die Effekten-geschäfte an den Börsen entstanden: „Von 1500 an läßt sich nichts mehr, was in Europa vorging, anders als in planetarem Zusammenhang begreifen. Die intellektuelle und moralische Umwälzung des plötzlichen Ausbruchs aus einer geschlossenen in eine offene Welt war nicht nur ein Vorgang im Reich der Ideen (...) Während mehr als zwei Jahrhunderten lebten Wirtschaft und Politik Europas im Rhythmus der spanischen Silberflotten und der von ihrer Ladung abhängigen Ostindienexpeditionen.“

Das Europa der Moderne — und nur dieses Europa — trat dem ganzen „orbis terrarum“ entgegen; hier entstanden die Indologie, die Sinologie und — füge ich hinzu — die entscheidend europäisch begonnene Islamforschung, die zu den Voraussetzungen des späteren islamischen „Erwachens“ gehörte und die neuerdings der christliche Libanese Edward Said, Professor in den USA, zu Unrecht mit Eroberung, Unterdrückung und Verfälschung gleichsetzt.

Fast gleichzeitig erschienen vor wenigen Jahren zwei Essays über „Europazentruismus“ von Hans Magnus Enzensberger und von Leszek Kolakowski. Enzensberger setzt seinerseits die europäische Ära mit Unterdrückung gleich, während der in Oxford lehrende polnische Philosoph Europas Recht auf Selbstbehauptung und Wahrung seiner gewordenen Eigenart betonte. Ich habe beide Essays mit Gewinn, aber ohne volle Zustimmung gelesen. Denn Europas Ausdehnung war in ihrer Wirkung nicht nur Ausbeutung. Wie hätten ein paar tausend englische Verwalter und Soldaten das ganze, danach zerfallene Indien zusammengehalten, wenn dies nicht einer Funktion, einem Bedürfnis entsprochen hätte? Wie wäre der gewaltlose Widerstand, wie wäre die Demokratie anders als unter britischem Einfluß entstanden, um dann noch erstaunliche Kraft des Zusammenhaltens zu bezeugen, zugleich mit der bewahrten englischen Sprache?

Was aber das Eigene, Bewahrenswerte Europas ist — wie läßt es sich von der produktiven Aufnahme des Fremden, des Außereuropäischen sondern?

### III.

Unlängst warf ein französischer Kulturphilosoph, auch Übersetzer Max Webers, den Europäern Selbstverrat vor, weil sie von Amerika den Jazz übernommen hätten; er tat dies ohne zu wissen, daß die Europäer sich darin längst nicht mehr mit der Rezeption begnügen. Wie war es denn mit dem bewundernden Interesse eines Leibniz gegenüber chinesischem Denken, wie mit der Aufnahme japanischer Kunst und später afrikanischer Skulpturen in Frankreich seitens der erneuernden Künstler? Wer dekretiert, was Europa kennzeichnet, was Europäern bekömmlich oder schädlich ist, der verkennt die lange Geschichte schier grenzenloser europäischer Aufmerksamkeit und Aufnahme, die gerade das Einzigartige, das Wahrzeichen Europas ist.

Der französische Ethnologe Claude Lévi-Strauss hat die Auffassung vertreten, daß die einander folgenden mexikanischen Zivilisationen — Maya, Tolteken, Azteken — kulturell immer dürftiger wurden, während die ursprünglich nicht überlegene europäische Kultur sich immer reicher und komplexer entfaltete. Seine Vermutung: Von der Außenwelt isoliert, lebten die Mexikaner nur aus der eigenen sich erschöpfenden Substanz, während die Europäer dank ihrer Offenheit gegenüber anderen Kulturen nicht nur ihre eigenen starken Wurzeln hatten, sondern die Chancen der Begegnung wahrnahmen. Damit hänge die grundsätzliche europäische Bereitschaft zum Experiment, zum Wagnis zusammen.

Wenn von Amerika die Rede war, sei daran erinnert, daß die Erklärung der Menschenrechte des Staates Virginia zum Muster der französischen Erklärung der Rechte des Menschen und des Bürgers wurde und daß auch die Verfassung des Schweizer Bundesstaates dem amerikanischen Vorbild viel schuldet.

Es mag eingewandt werden, daß diese Amerikaner ausgewanderte Europäer waren. Doch wird das nicht allgemein so gesehen. Ein wichtiges didaktisches Buch<sup>2)</sup> findet keinen Raum für die „Federalist Papers“, für das Denken der amerikanischen Gründerväter, also für eine Entwicklung, die bei allen Unterschieden auch den Europäern ein Modell, ein Beispiel theoretischer und angewandeter politischer Kultur bleibt. Auf die europäisch-

<sup>2)</sup> Oehmüller/Dölle/Piepmeier, Philosophische Arbeitsbücher, Diskurs Politik, Paderborn 1980.

amerikanische Kulturverbindung wird noch zurückgekommen.

Den inneren Widerspruch Europas formuliert Herbert Lüthy folgendermaßen: „In diesem Europa, das ein Weltbewußtsein, eine Weltzivilisation und eine Weltgeschichte geschaffen hatte, blieben Nationalbewußtsein, Nationalkulturen und Nationalgeschichte das letzte absolute Maß des Denkens und Handelns, hoffnungslos unangemessen und im wahren Sinne des Wortes zurückgeblieben.“

Da aber der Nationalismus ein so blutiger und schließlich Europa schwächender und verdummender Irrweg war, ein Mythos, den nationale Geschichtsschreibung miterzeugt hat — nicht weniger tendenziös als es später eine „stalinistische“ Geschichtsschreibung war — wird von vielen davor gewarnt, nun aus Europa selber einen Mythos zu machen, der die nationalen Mythen zwar ersetze, aber wiederum ein „Holzweg“ sein könne. Genügt nicht die Einsicht, die Vernunft der Interessengemeinschaft?

Lüthy teilte diese naheliegende Auffassung nicht, weil er überzeugt war, daß eine Neuschöpfung, wie es ein geeintes Kerneuropa wäre, niemals aus der Wirtschaft entstehen könne; die spätere Entwicklung hat diese Auffassung bisher nicht dementiert: „Gibt es heute einen europäischen Mythos? Hoffen wir, es gebe ihn. Ganz ohne Vision der Zukunft kann nur der abstrakte homo oeconomicus in der Retorte der Wirtschaftstheorie leben. Man mache diesem noch zaghaften aber lebensfähigem „Mythos“ den Garaus (...) und man wird sehen, welche Perversionen und Gespenster dann die Leere ausfüllen werden.“

Doch, so warnt der Historiker, zu diesem Europa gehöre mehr denn je ein wirklicher Dialog der Zivilisationen nach einem Jahrhundert „kaum von fremden Stimmen unterbrochenen westlichen Monolog“. Zwar kreise die Welt längst nicht mehr um Europa, doch hänge die Antwort immer noch auch von Europa ab. Lüthy zitiert die berühmte Schrift des englischen Ökonomen John Maynard Keynes von 1919, Die wirtschaftlichen Folgen des Friedens, in der zu lesen ist: „Europa ist in sich eins, Frankreich, Deutschland, Italien, Österreich und Holland, Rußland und Rumänien und Polen leben im gleichen Pulsschlag, und ihre Zivilisation ist wesentlich eins. Sie blühten zusammen, sie wurden miteinander

erschüttert im Krieg, und sie können miteinander stürzen."

Der europäischen Kultur in heutigen Perspektiven — Verhältnis der nationalen Einheiten zu den kleinen bürgernahen Zusammenhängen, von Stadtteilen bis zu Regionen, und zugleich nach oben hin zu den europäischen, auch atlantischen kulturellen Verbindungen — widmete sowohl der Europarat wie die Europäische Gemeinschaft — also das weite und das engere Europa — großangelegte Erklärungen wie jene des Europarats in 24 Punkten über Gemeinschaftsaktionen im Bereich der Kultur.

Diese Amtsprosa wirkt — das ist unvermeidlich — farblos gegenüber den Formulierungen einzelner Autoren, wie sie hier angeführt wurden. Ein Beispiel aus Punkt 17: „Der Sinn einer europäischen Politik der audiovisuellen Medien wird darin liegen, einen ruinösen Wettbewerb der einzelnen Medien zu vermeiden und sie alle gemeinsam an der Verbreitung der europäischen Kultur zu beteiligen, wobei einem jeden Land der ihm intern und im Verhältnis zur Ausstrahlungskraft seiner Kultur zukommende Platz gesichert wird."

Wie sich die Proportion zwischen „Ausstrahlungskraft" und „Platz" errechnen läßt, ist

Vorab einige Hinweise auf europäische Trends und Strömungen, teils mit Divergenzen innerhalb Europas, teils mit über Europa hinausreichenden Verbindungen. Aus der vielfältigen Thematik seien vier Exempel herausgegriffen: Europa — Amerika; Europa — Dritte Welt; Mitteleuropa; Friedensbewegung.

Hier geht es darum, was in diesem Bereich nicht organisiert wird, sondern geschieht, mit Wirkungen, die gleichfalls nicht vorhergesehen und geplant wurden, eher unerwartet aber auch dann relevant sind, wenn sie, wie das oft der Fall ist, mit Mißdeutungen verbunden sind.

In einem „Bergedorfer Gespräch" das im Februar 1983 in Zürich stattfand, sagte der Schriftsteller Hans Mayer, der Literatur in Leipzig und in Hannover gelehrt hat: „Die französische, die italienische, die angelsächsische, die deutsche Literatur sind heute in ihrer Substanz so weit von einander entfernt wie eh und je. Die Schriftsteller sind in dem,

nicht ganz klar; daß „Verbreitung von Kultur" hier als die Hauptsorge der Medien erscheint, mag manchen als übertriebener Optimismus erscheinen, andern wiederum als Schreckbild.

Doch wie triftig und brillant solche kollektiven Entschlüsse und Vorsätze auch formuliert wären, so schätzenswert die Leistungen und Zielsetzungen dieser Institution in vielen praktischen Bereichen auch sind — auf dem Hintergrund der gar nicht fern zurückliegenden europäischen Katastrophen, wie sie in unseren Beispielen Löwith und Lüthy nahebringen, fallen sie flach.

Nach zwei Weltkriegen und im zweiten noch Millionen Opfern außerhalb des Kriegsgeschehens selber, angesichts der Lage mittel- und osteuropäischer Völker, deren eigener Wille in dem über sie verfügten Schicksal kaum zählt, ist die Verheißung von europäischer wie auch nationaler „kultureller Identität" fast so fragwürdig wie die feierlichen grundsätzlichen Resolutionen der UNESCO, etwa in der Konferenz von Mexiko, die die Wahrung nationaler Souveränitäten und Identitäten als einen Hauptzweck der kulturellen Aufgabe definieren, ganz als wären diese Souveränitäten gegeben und diese Identitäten dem Wandel entzogen.

#### IV.

was sie schreiben, einander nicht sehr nahe. Auch die Beziehungen der Sprachen zueinander sind nicht enger geworden. Und ich bezweifle, ob das mit vermehrten Übersetzungen besser werden würde. Es gibt eine andere Seite, die mit europäischer Solidarität etwas zu tun hat. Den Schriftstellern ist ihr kritisches Verhältnis zur Welt gemeinsam."<sup>3)</sup>

Auf dem Gebiet der Literatur — allerdings auch auf dem der Architektur und der Bildenden Künste<sup>4)</sup> ist festzustellen, daß die amerikanisch-europäische Verwobenheit unlösbar ist. Mochte General de Gaulle dieses Amerika „die Tochter Europas" nennen, mochte für europäische Föderalisten im Zeichen politischer Kultur das gleiche Amerika eher die „Mutter" sein und seinerzeit vor 150 Jahren für Tocqueville jener Bereich, aus dessen Be-

<sup>3)</sup> Bergedorfer Gesprächskreis, Protokoll Nr. 73.

<sup>4)</sup> Vgl. H. Kief-Niederwöhrmeier, Frank Lloyd Wright und Europa, Stuttgart 1983 und die Ausstellung de Kooning in Berlin, um ein Beispiel jüngster Zeit zu nennen.

trachtung sich auch für Europa eine „neue Sprache“ des politischen Denkens entwickeln konnte — Ausgangspunkt ist in jedem Fall diese mit keiner anderen vergleichbaren Verbindung.

Die Europäer haben seit den dreißiger Jahren mehr als Leser amerikanischer Romane denn als Leser der Romane anderssprachiger europäischer Literaturen eine gemeinsame Erfahrung: Faulkner, Hemingway, O'Neill, Tennessee Williams, hier könnten zahlreiche Namen stehen. In Frankreich haben André Malraux und Jean-Paul Sartre früh auf John Dos Passos und William Faulkner hingewiesen, in Italien haben Pavese und Vittorini amerikanische Romane übersetzt. Eine Geschichte der Rezeption, des Einflusses kann hier nicht verkürzt geboten werden; es bleibe bei der Feststellung, daß es sich um eine tiefe Wirkung handelt. Nicht erst heute. Daß Amerika Goethes „derzeit hauptsächliches Interesse“ sei, schrieb am 25. Mai 1819 der junge Amerikaner J. G. Cogswell aus Weimar einem Freund in New York.

Amerikabilder sind für Europa positiv wie negativ faszinierend in einem übergreifenden gesamteuropäischen Sinn, und man kann zugleich von der Begegnung mit einem wirklichen wie als mit einem imaginären Amerika (Vgl. Kafkas Roman Amerika) sprechen, wobei dieses imaginäre Amerika teils Raum für europäische Utopien war (etwa Etienne Cabet, *Voyages en Icarie* 1848), teils auf Information und neuerdings auf Vertrautheit mit dem amerikanischen Film beruht (und beim deutschen Filmregisseur Wim Wenders auf Teilnahme an ihm, was kein Einzelfall ist.)

Weil eine geistig-künstlerische und wissenschaftliche „Elite“ in die USA emigrierte — teils schon vor 1933, doch vor allem nach Hitlers Machtergreifung — ist Amerika wie in Rückwirkung Europa verändert worden. Diese Verklammerung durch viele bedeutende einzelne — Kunsttheoretiker wie Panovski, Psychologen wie Köhler, Atomphysiker wie Szilard, Namen unter Hunderten —

## V.

Wie verhält es sich mit der Verbindung „Europa — Dritte Welt“? Da dieser vor allem in Frankreich als „Tiers Monde“ geläufige Begriff gänzlich verschiedene Völker und Länder betrifft — Indien, Kamerun, Guyana ... — ist er zu weit gefaßt, um präzise Aussagen zu erlauben.

schuf eine amerikanisch-europäische Gemeinsamkeit von besonderer Art.

Der Gewinn Amerikas ist augenfälliger — von Fritz Lang bis zu Henry Kissinger — doch die Bedeutung der rückkehrenden Emigranten für die deutschen Hochschulen nach 1945 ist unverkennbar. Die Generation der französischen Historiker, Soziologen etc. zwischen 30 und 60 Jahren ist viel weltoffener, problembewußter als ihre Vorgänger, weil fast alle, die jetzt zählen, Jahre als Dozenten, Stipendiaten, Fellows in den Vereinigten Staaten verbracht haben und diese Verbindung aufrechterhalten. Der bis in die sechziger Jahre spürbare politisch-ideologische Antiamerikanismus ist — mit der Krise des „image“ der Sowjetunion ebenso wie der französischen Kommunisten — weniger prägend gewesen als diese persönlichen Erfahrungen.

Allerdings kann auch hier die Gegenläufigkeit von Politik und Kultur festgestellt werden. Als Frankreich im Politischen antiamerikanisch war — auch heute warnt die Regierung vor einem amerikanischen „Kulturimperialismus“ (Jack Lang) — war es zugleich, zusammen mit Italien, das Land der stärksten Faszination und produktivsten Wirkung amerikanischer Literatur.

Der lange Aufenthalt amerikanischer Schriftsteller als ‚expatriates‘ in Frankreich (Henry Miller, James Baldwin u. a.) wirkte im gleichen Sinn. Ob uns Amerika in besonderen Krisen (Ungleichheit, ethnisches Mosaik) im guten oder ungenuten Sinn „voraus“ ist, spielt da keine Rolle, sofern die Empfindung eines solchen „Vorausseins“ allgemein ist. Es sei mir gestattet den Schluß eines Aufsatzes leicht abgeändert zu zitieren. „Wer diese zugleich reale und mythische Durchdringung und Verwobenheit vergißt oder verdrängt, läßt so viel aus, daß sein Geschichtsbewußtsein dürftig ist. Er hat Angst vor allem, was er an „Nicht-Europa“ in sich selber finden könnte, als habe es je ein Europa der Introvertiertheit gegeben.“<sup>5)</sup>

Begnügen wir uns mit einzelnen Beispielen. Es gibt eine bedeutende nordafrikanische Literatur in französischer Sprache — auch der Libanon gehört dazu. Diese hat noch während des algerischen Krieges dank der Pariser Ver-

<sup>5)</sup> In: Jahresringe (1979/80), Einführung von F. B.

lage und der Vermittlung „europäischer“ Algerier wie Albert Camus eine weite Leserschaft erreicht und zum Selbstbewußtsein und Selbstverständnis der Nordafrikaner beigetragen<sup>6)</sup>.

Für die schwarzafrikanische Literatur sind Französisch und Englisch unentbehrlich. Etliche Schriftsteller leben unter den Regimes nach der Unabhängigkeit im Exil — in andern afrikanischen Staaten oder im Westen. Die Zeitschrift, die kämpferisch afrikanische Eigenart gegen fremde Deutungen verteidigt, erscheint in Paris. Die Brüder Naipaul aus Trinidad gehören der englischen Literatur an wie der Inder Ved Mehta, der Pakistaner Rushdie. Auch die Auflehnung gegen die Kolonisatoren und ihre Kulturdominanz findet vor allem in unseren Sprachen statt; ebenso die Kritik an despotischen Regimes in unseren politischen Begriffen. Frantz Fanons Revolte gegen Europa gehört zur französischen Literatur — und das umfaßt weit mehr als nur die Benutzung einer Vektorensprache. Im deutschen Bereich ist die afrikanische literarische Präsenz trotz vieler Übersetzungen und Darstellungen (von Stackelberg) geringer als bei den einstigen Imperialstaaten. Doch sind ohnehin Verallgemeinerungen über Europa als Kürzel zu verstehen. Man nehme die Beispiele als Hinweise, die jeder Interessierte leicht vermehren, eventuell auch korrigieren kann.

Unter europäischen Schlagworten und Tendenzen sei der neu belebte Begriff „Mitteleuropa“ herausgegriffen. Das ist eine kulturelle und mehr als kulturelle Nostalgie — prägend das Buch des Triestiners Claudio Magris über den Habsburger Mythos in der Literatur —, und es ist die Andeutung eines sich dessen bedienenden politischen Programms.

Der in Paris lebende tschechische Romancier Milan Kundera sieht — so hat er es 1983 in der Zeitschrift „Le Débat“ ausgedrückt — in Mitteleuropa den Raum der eigentlich schöpferischen europäischen Kultur, zu der Rußland nicht gehöre.

Nun hat die Sowjetunion den kleineren europäischen Staaten zugleich ihre Hegemonie und ihr System aufgezwungen, und das letztere mag der schwerer zu ertragende Teil dieser Abhängigkeit sein — „Finnlandisierung“ ist die große Sehnsucht. Daß hier Empörung stärker zum Ausdruck kommt als Nuancie-

rung, ist verständlich. Doch wissen wir, daß Rußland um 1900 in der Liberalisierung große Fortschritte gemacht hatte; welcher Fortschritt wäre heute die Rückkehr zur damaligen Behandlung politischer Häftlinge! Wir können uns eine europäische Kultur ohne die russischen Schriftsteller des vergangenen und dieses Jahrhunderts nicht vorstellen. Wenn sich diese hohe und auch einer großen Schicht in Rußland bekannte Kultur nicht im politischen Leben ausdrückt, so haben Mitteleuropäer entsprechende, gar nicht so weit zurückliegende Erfahrungen gemacht.

Kulturell hat „Mitteleuropa“ in Frankreich geradezu Furore gemacht — das fing an mit dem unerwarteten Erfolg von Robert Musils Hauptwerk in den frühen fünfziger Jahren. Politisch berührt „Mitteleuropa“ eher Deutsche und zwar im Sinn einer Abgrenzung nicht nach Osten (Kundera), sondern nach Westen.

Da hat „Mitteleuropa“ mit Friedensverantwortung, Sicherheitspartnerschaft und ähnlichem zu tun. Es bedeutet ein erhofftes Überspringen oder doch Durchlässigmachen von Grenzen, die die große Teilung zwischen dem sowjetisch beherrschten und dem restlichen Europa gezogen hat und die die Tschechen und die Polen ebenso von ihrer langen Verbindung mit dem Westen abschneiden, wie sie Deutschland entzweischneiden. Im Kulturellen ist „Mitteleuropa“ eine Gegebenheit, wobei die DDR durch Ausweisung von Schriftstellern — erlaubte oder erzwungene Abwanderung, Gunst oder Strafe, je nachdem — weit mehr um Trennung besorgt ist als etwa Polen — Exilschriftsteller wie Milosz, Kolakowski sind nie ausgebürgert worden — oder Ungarn.

Politisch und ideologisch ist aber „Mitteleuropa“ die Chiffre für den Wunsch einer engeren Beziehung zwischen Völkern eines unreißen Raumes, zu dem Frankreich und Großbritannien nicht gehören; faktisch also eine Lockerung des Zusammenhangs mit Westeuropa. Dabei wird aber gerade die schmerzlichste Unterdrückung der Kultur, jene, die auf der Tschechoslowakei lastet und die Mehrheit ihrer besten Schriftsteller zum Schweigen, zur Publikation im Ausland, zum Exil verurteilt hat, selten hervorgehoben. In der weitesten Zustimmung findenden Theorie, wonach West- und Osteuropäer auch auf der politischen Ebene sehr viel gemein haben, wird die Tschechoslowakei fast nie besonders erwähnt und ist dabei doch von der Geographie her völlig Mitteleuropa.

<sup>6)</sup> Meine eigene Anthologie, Das Sandkorn, Zürich 1961, wäre inzwischen sehr ergänzungsbedürftig, doch leider entspricht im deutschen Bereich das literarische Interesse am afrikanischen Ausdruck nicht dem ideologischen.

Wenn im europäisch-amerikanischen Verhältnis Politik und Kultur gegenläufig sein können — man darf schließlich John Updike mögen, nicht aber Ronald Reagan! —, so ist beim Thema „Mitteleuropa“ eine gewisse Benutzung der kulturellen Verbundenheit für politische Zwecke festzustellen. So verschieden kann von Fall zu Fall die Wechselwirkung zwischen Kultur und Politik sein.

Soll noch die schon so viel und gründlich diskutierte Friedensbewegung in diesem Zusammenhang genannt werden? Es gibt Betrachter, namentlich in Frankreich, die darin eine Besonderheit des nördlichen protestantischen Europas sehen (Pierre Hassner) — was in Anbetracht des Unterschiedes in der Resonanz zwischen Rheinland und Bayern bestätigt werde.

Man kann aber auch feststellen, daß Völker mit starken kommunistischen Parteien — Frankreich, Italien — zurückhaltender sind als andere, weil es hier einen Abstoßungseffekt gibt und eine Bewegung, die nur diese eine Partei ganz zu ihrer Sache macht, eben deswegen Mißtrauen bei anderen erweckt. Der Sekretär der französischen K.P., Georges Marchais, hat aus Moskau im französischen Fernsehen den Einmarsch der Sowjettruppen in Afghanistan bejubelt. Allein dieser Umstand nimmt den Aufrufen seiner Partei zu Friedenskundgebungen, vorsichtig ausgedrückt, einiges an Überzeugungskraft.

Freilich gilt die Trennung Protestanten — Katholiken nicht für die USA, überhaupt ist jede dieser vermuteten Trennungslinien diskutier-

bar. Festzuhalten ist aber, daß vor allem wegen des französischen Verhaltens die häufig zu hörende Rede von einer „gemeinsamen europäischen Bewegung“ nicht zutrifft.

Ob die gegenwärtig sich anbahnenden Dialoge zwischen französischen und deutschen Intellektuellen mit ähnlicher Vergangenheit, aber divergierenden gegenwärtigen Positionen hier wieder einen gemeinsamen Nenner schaffen können? Es sei mir erlaubt, Skepsis anzumelden. Die mir bekannten deutschen Ansätze zum Gespräch gehen nicht davon aus, daß der Dialog beide zu neuen Perspektiven bringen kann, sondern davon, daß die Friedensbewegung die Dinge richtig sieht, und daß den Franzosen — Erinnerungen an München 1938, Wegentwicklung der Linken vom Kommunismus — psychologisches Verständnis für ihre sonderbare Verbohrtheit zu gewähren sei.

Auf französischer Seite ist das ein wenig anders, weil die Verschiedenheit zwischen politisch Analysierenden (Pierre Hassner, Jean-François Revel, Jacques Julliard usw.) und den mehr apodiktisch und polemisch schreibenden „Nouveaux philosophes“ ins Gewicht fällt — eine Differenzierung die deutscherseits zu selten gemacht wird. In dieser summarischen Darstellung europäischer gemeinsamer oder divergierender Stimmungen gibt es keinen Grund, auf die Substanz dieser Debatte selber einzugehen. Es geht hier nur um jene kulturell-politische Geographie, die Europäer verschiedentlich verbindet — und trennt.

## VI.

Fragen wir nunmehr: wie verhält sich der Bereich europäischer Kultur zu den andern Bereichen europäischer Zusammenarbeit und erwünschter wachsender Gemeinschaft?

Eine von der EG geförderte Zeitschrift — nicht die deutsche — berichtete systematisch Land für Land über die Kultur in dieser Gemeinschaft. Darin kam zwar Luxemburg als Teil dieser Kultur — zu Recht! — vor, nicht aber Österreich, Schweden, Polen. Deshalb sei, so banal das auch ist, auf einen Unterschied hingewiesen. Eine wirtschaftlich-politische Konstruktion muß, auch und gerade wenn sie ausdehnungsfähig ist, bestimmte Konturen und Grenzen haben. Eine Kultur muß und kann das nicht. Soweit Kultur mit Sprache zu tun hat, genügt es, an die Nation

und Europa übergreifende Rolle des Englischen, Spanischen, Französischen, Deutschen zu erinnern. Gehört nicht das slawische Europa mit den Polen Geslaw, Milosz, Zbigniew, Wajda, dem Tschechen Kundera, um nur diese zu nennen, zu den stärksten gemeinsamen Kulturenerfahrungen auch der Westeuropäer?

Diese „Kultur ohne Grenzen“ ist kein Argument — wird jedoch manchmal als solches verwendet — gegen ein Kern- und Kleineuropa zwischen Staaten, im Gegensatz zu andern, die selbständig über ihren Zusammenschluß bestimmen können. Wohl aber ist es ein Argument gegen die Vorstellung, es gebe eine definierbare „Westeuropäische Kultur“. Da darf an ein übles Manifest französischer „Inte-

lektueller" von 1919 gedacht werden, in dem erklärt wurde, die Deutschen hätten keinen Beitrag zur europäischen Kultur geleistet.

Zu unterscheiden bleibt zwischen literarisch-künstlerisch-philosophischer und politischer Kultur, wobei jener weite Bereich, den Anthropologen sowohl als Zivilisation wie als Kultur bezeichnen und auf den die Arbeiten von Norbert Elias weisen, noch ein Drittes wäre.

Wenn es um politische Kultur geht, ist zu unterscheiden was darin Tradition, Erfahrung, Handeln, was Wissen und Bildungsvorgang ist, und wie das notwendige Neue hier seinen Raum finden kann. Dies ist allerdings ein so weites Feld, daß es hier bei der stichwortartigen Andeutung bleiben muß.

Doch fragen wir auch: Was ist ein „gemeinsames europäisches Kulturbewußtsein“ zwischen Francisté, Hispanidad und Entsprechendem. Europa ist nicht Betrachtung seiner Gemeinsamkeit, sondern großenteils eine Sammlung der Restbestände von Imperien — sogar für die Niederlande und Belgien gilt das — innereuropäisch für das Habsburgerreich, dessen Untergang heute sogar Tschechen wie Milan Kundera als Verlust beklagen.

Im Bereich der Kultur ist der Versuch einer Definition — was ist europäisch, was ist es nicht mehr? — unergiebig. Hier dürfen die Abgrenzungen unscharf sein im Gegensatz zu dem Bereich, in welchem Kultur, insbesondere Erziehung, Vergleich der Geschichtsbücher, einen restlichen, administrativen Unterbau braucht — also auch jene Bestrebungen europäischer Gremien, die der Vorbehalt gegen Formulierungen mancher Dokumente keineswegs herabmindern darf.

Solche Aufgaben wie der Unterricht von Fremdsprachen, wie die Mobilität der Dozenten, der Studenten, der „freien Berufe“ mit akademischem Hintergrund — darin sind in der EG Fortschritte gemacht worden, die nicht zu unterschätzen sind — haben zentrale Bedeutung. Was liegt hier in der Kompetenz der Europäischen Gemeinschaft? In den Römischen Verträgen kommt der Begriff ‚Kultur‘ nicht ausdrücklich vor. Im einstimmig angenommenen Paragraphen 75 des römischen Vertrages wurde allerdings die Geltung der Diplome und akademischen Titel in der Gemeinschaft gefordert sowie die Freiheit der Niederlassung für die akademischen Berufe. Widerstand gegen die Durchführung kam nicht zuletzt von akademischen Institutionen.

Die Ausmarchung zwischen EG und Europarat ist nicht ganz problem- und konfliktlos, doch ist ein einander ergänzendes Wirken möglich. Aber der Europarat, dessen Gebiet von Island bis Anatolien reicht, kann nur Anregungen geben. Im Kolloquium „Die politische Zukunft Europas — Kulturpolitik in Europa“ in Loccum<sup>7)</sup> hat der Luxemburger Raymond Weber, Präsident des Rats für kulturelle Zusammenarbeit des Europarats (CDCC), sich kritisch geäußert: „Heute muß man eingestehen, daß der CDCC im Begriff ist, ein „müder Laden“ zu werden: es kommen keine neuen Ideen; Grundsatzdiskussionen finden nur sehr selten statt; die Projekte sind realitätsfremd und entsprechen nicht den Bedürfnissen der einzelnen Länder; zuviel Energie und Zeit wird auf reine Verwaltungs- und Budgetdiskussionen verwendet.“

Gegen die Mobilität — man kennt die Klagen über die angeblich geringe Lust auf Fremderfahrung der deutschen Studenten und auch die begründeten Antworten auf diese Klagen — spricht nicht zuletzt die Dichte des sozialen Netzes in jedem Staat, die Sorge um Verlust von Chancen durch Entfernung, die Unklarheit über den Gültigkeitsbereich der Diplome. Es war eben leichter, ja, selbstverständlich, im Mittelalter einen Albertus Magnus zum Rektor der Sorbonne zu wählen oder für den Rotterdamer Erasmus, in Turin zu doktorieren und in Basel zu lehren. In dieser Hinsicht — es ist der Titel eines nostalgischen französischen Buches — liegt „Europa hinter uns“. Die spezifisch europäischen Universitäten (Brügge, Florenz) sind beispielgebend, können aber nur wenige Studenten aufnehmen — und welche Karrieren ermöglichen ihre Diplome?

Immerhin ließe sich der nationale Protektionismus an einigen Stellen lockern. Der Altmeister der französischen Geschichtsforschung, Fernand Braudel, wundert sich, daß das Collège de France noch nie einen Ausländer berufen hat, während solches im Bereich der Kunst, der Oper, der Architektur stattfindet. Wir wissen es: wer erstrangige Gelehrte aus verschiedenen europäischen Ländern gemeinsam erleben will, wird es in Cambridge, Massachusetts oder in Berkeley finden. Da hier von den USA die Rede ist, mag erwähnt sein, daß in Studien über die Presse die in Paris erscheinende „New York Herald Tribune“ schon die „einzige europäische Zeitung“ genannt wurde.

<sup>7)</sup> 9.—11. November 1981 (Loccumer Protokolle 32/81).

Gewiß: das Thema der „Europäisierung der europäischen Kultur“ im breiten Sinn der Formung von Intellektuellen ist für die EG immer wichtig. Es muß immerhin Europäer geben, bevor es ein strukturiertes gemeinsames Europa gibt. Ohne entsprechende Sprachkenntnisse, ohne eigene Erfahrungen, ohne die Voraussetzung von Mobilität in Lehre, Studium, Beruf, können diese Erfahrungen zu selten erworben werden.

Ich empfinde deutlich die Diskrepanz zwischen der „schwarzen Chronik“ einer europäischen Kultur, die weder Kriege noch Tyraneien, Mordregime verhindern, wirkungsvoll bekämpfen oder wenigstens mildern konnte, wie das hier anfangs dokumentiert wurde und den nüchternen Bestrebungen zugunsten eines gemeinsamen Unterbaus für Einrichtungen der Erziehung, Forschung, Kunst und für Freizügigkeit in diesen Bereichen starker nationaler Tradition und Empfindlichkeit.

Ist es eine kulturelle Errungenschaft, daß heute Europäer keine sogenannten Erbfeindschaften mehr austragen mögen, daß sie sich gern als „Region“ im Windschatten der Großmächte halten, auch soweit sie deren mehr oder weniger freiwillige Verbündete sind und das, obgleich außereuropäische Machtverschiebungen, etwa im Persischen Golf, gerade die Europäer unmittelbar berühren und obgleich die Verstrickung ins Nichteuropäische

nicht aufhört. Die Kultur hat gewiß damit zu tun, doch wesentlich auch die Veränderung der Größen- und Machtverhältnisse im weitesten Sinn.

Statt andere Kontinente zu besiedeln, zu verwalten, haben europäische Völker den Kolonialismus, wenn wir es so nennen wollen, gewollt — nichtgewollt verinnerlicht: durch Millionen Moslems, aus der Türkei, Nord- auch Schwarzafrika, die kaum in irgend eine Definition europäischer Identität passen, die aber doch zugegen sind. Von der Anwesenheit der Gastarbeiter ist insgesamt trotz großer Bemühungen kein bedeutender Dialog der Kulturen zu erwarten. Aus dem Islam wird vielfach auch in Europa ein starrer „Islamismus“ und jenen Europäern, denen die Kenntnis des Deutschen, Französischen oder Englischen, also jeweils zweier Fremdsprachen als allgemeine Grundlage zugetraut oder zugemutet wird, kann eine Vertrautheit mit der türkischen oder maghrebinischen Kulturwelt nur in einigen Einzelfällen als Ziel erscheinen. Der „Amerikanisierung“ der Einwanderer aus allen Kontinenten in den USA entspricht keine derartige „Europäisierung“. Europa, das vielsprachige, soll kein „Schmelztiegel“ werden; aber mit der Behauptung dessen, was es nicht werden darf, ist noch kein Schritt auf dem Weg zu einem andern, übergreifenden europäischen Konzept getan.

## VII.

Kultur oder Zivilisation — die Unterscheidung ist spezifisch deutsch — war in Europa Kitt, Sprengstoff oder indifferent, je nachdem. Der jüngst verstorbene Raymond Aron ging in seinem letzten Aufsatz über die atlantische Allianz <sup>8)</sup> darauf ein: „Im Lauf der Geschichte hat niemals die Zivilisationsgemeinschaft ein politisches Bündnis bewirkt. Große Kriege haben sich im Gegenteil sehr oft innerhalb einer gemeinsamen Kulturzone abgespielt. (...). Wenn 1949 das atlantische Bündnis geschlossen wurde, war die Kulturgemeinschaft, obgleich die Entscheidung auch mit der Verwandtschaft der politischen Institutionen zu tun hatte, nicht der entscheidende Grund.“ Das Europa jener Völker, die gegenwärtig

über Selbstbestimmung und Freiheiten verfügen, besteht nicht mehr aus Imperien mit eigenem Großmacht- und Sendungsbewußtsein. Es kann sich nunmehr nur gemeinsam behaupten. Die politische Kultur ist eine entscheidende Voraussetzung — ihr Einfluß hat zum Zusammenbruch der Diktatur in Portugal, Spanien, Griechenland beigetragen. Die Vielsprachigkeit ist kulturell ein Reichtum, praktisch ein Problem. Mobilität, Freizügigkeit, Äquivalenz der Diplome ist notwendig, im möglichst vielen einen persönlichen europäischen Erfahrungshorizont zu vermitteln. Daß es in diesem Sinn viel mehr „gelernte Europäer“ geben muß, als heute vorhanden sind, gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen der Festigung und Ausstrahlung einer europäischen Gemeinschaft.

<sup>8)</sup> *Politique Etrangère*, (1983), 4.

## **Werner Weidenfeld: Was ist die Idee Europas?**

Aus Politik und Zeitgeschichte B 23-24/84, S. 3—11

In Zeiten verschärfter wirtschaftlicher Schwierigkeiten und unübersehbarer Beschwerden im Entscheidungsprozeß wird die Frage nach den immateriellen Grundlagen der Einigung Europas wieder nachdrücklicher gestellt.

Die Idee Europas ist zu einem Sammelbecken vielfältiger Programme und Motive geworden. Dies hat der Europapolitik in der Nachkriegszeit einen pragmatisch-experimentierenden Grundzug verliehen.

Der Konsens der Europäischen Gemeinschaft ist in neuerer Zeit spürbar geschrumpft. Europa wird wieder störanfälliger. Die Zukunft des europäischen Einigungswerkes wird stark davon abhängen, inwieweit es gelingen kann, den Bezirk an europäischer Gemeinsamkeit wieder auszubauen. Eine intensive Debatte über Ziel und Strategie Europas erscheint überfällig. Der Vorstoß zur Originalität des Denkens wäre dann die zeitgemäße Antwort auf die Frage nach der Idee Europas.

## **Beate Kohler: Ist die EG noch zeitgemäß? Zur Tragfähigkeit der Integrationspolitik**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23-24, S. 12—20

In diesem Beitrag werden zwei Modelle entwickelt, die unterschiedliche Vorstellungen über die Rolle und politische Zielsetzung der Gemeinschaft enthalten: Zum einen die Europäische Gemeinschaft als „Insel der Stabilität in einer turbulenten Welt“ und zum anderen die Europäischen Gemeinschaften als „Wertegemeinschaft“.

Das erste Modell beruht auf der Vorstellung, daß man den europäischen Raum als „Sicherheitszone“ gestaltet, der den Mitgliedstaaten eine größere Unabhängigkeit von den internationalen Geschehnissen verschafft und zu einer ökonomisch vorteilhaften Arbeitsteilung führt. Das Modell der EG als „Wertegemeinschaft“ ist dagegen an die Vorstellung geknüpft, daß eine Europäische Gemeinschaft nicht nur funktional der Erfüllung bestimmter Aufgaben dient, sondern daß es eine europäische Gemeinsamkeit gibt, der durch entsprechende Formgebung Ausdruck zu verleihen wäre. Mit anderen Worten, es gibt eine Substanz, die spezifisch europäisch ist und die es durch den Zusammenschluß zu wahren und gegen andere Staaten zu verteidigen gilt.

Im Unterschied zu anderen politischen Beobachtern, die die Aufgabe der Neubestimmung von Sinn und Inhalt der Europäischen Gemeinschaft den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten überlassen möchten bzw. den Verfassungsentwurf des Europäischen Parlamentes als geeigneten Lösungsansatz sehen, hält die Autorin die Fraktionen des Europäischen Parlamentes für am besten geeignet, die Debatte um die Zukunft der Gemeinschaft zu entfachen.

## **François Bondy: Europa ohne Grenzen**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23-24, S. 21—30

Die Betrachtung des „europäischen Geistes“ in einem Kolloquium bedeutendster Schriftsteller und Denker im Oktober 1933 im Zeichen eines Wandels und im Vorfeld einer Katastrophe ist Anlaß zu diesen, ein halbes Jahrhundert danach angestellten Überlegungen: Was wurde damals vorausgesehen, welches sind heutige Perspektiven? Die Schriften von Karl Löwith, der Europa aus der Distanz Japans zwischen 1930 und 1950 anders sah, und in den sechziger Jahren des Historikers Herbert Lüthy, der auf den „planetaren Zusammenhang“ weist, führen zum Nachkrieg und zur Gegenwart. Trends dieser Jahre, die mit Divergenzen innerhalb Europas und Westeuropas, mit der Beziehung Europa—Amerika, mit dem Verhältnis Europa—Dritte Welt, mit dem wieder aktuell gewordenen Thema „Mitteleuropa“ und mit der (nicht gesamtwesteuropäischen) Friedensbewegung zu tun haben, werden — aber nur exemplifizierend — beleuchtet.

Abschließend wird auf die Unterschiedlichkeit zwischen — wesensgemäß ungewissen — Grenzen des kulturellen Europa und notwendigerweise festen Konturen eines sich zusammenschließenden Europa hingewiesen. Die Frage nach der europäischen „Identität“ wird als weder zentral noch eindeutig beantwortbar relativiert und es wird zwischen den Traditionen der künstlerisch-geistigen Kultur und der „politischen Kultur“ unterschieden.